Ausgabe 1/2014

IM LANDE DER BIBEL

Auch wir sind Bürger!

Arabische Christen in Israel

Aus dem Inhalt:

Kleine, aber starke Minderheit, von Dr. Hanna Khoury

„Ich wurde nicht als Christ geboren." Porträt von Erzbischof Dr. Elias Chacour

Hebron – Ein persönlicher Erfahrungsbericht, von Susanne Hefekäuser

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde und Freundinnen und Mitglieder des Jerusalemsvereins,

beim 162. Jahresfest des Jerusalemsvereins Anfang März diesen Jahres beschäftigten wir uns mit dem Thema „Christen in Israel". In Gesprächen und Vorträgen, aber auch durch die Artikel in dieser Ausgabe von „Im Lande der Bibel" wurde und wird deutlich, dass es notwendig ist, dass die israelische Regierung klarstellt, was sie meint, wenn sie nachdrücklich fordert, dass die Welt, insbesondere aber die Palästinenser, Israel als „jüdischen Staat" anerkennen solle.

Geht es um die Beschreibung einer prägenden Kultur und die Definition eines nationalen „Bandes", das die Bevölkerung zusammenhält – ähnlich wie im französischen, schwedischen oder deutschen Staat? Weshalb genügt es dann nicht, darauf zu bestehen, als „israelischer Staat" akzeptiert zu werden? Können die rund 20 Prozent nichtjüdischen Bürger des Staates Israel nicht erwarten, dass die Gleichberechtigung aller Bürger sowie Minderheitenrechte sichergestellt werden?

Oder ist mit dem Beharren auf einen „jüdischen Staat" auch eine religiöse Dimension angesprochen? Auch in dieser Hinsicht erscheint es überlegenswert, wenn die israelischen Politiker, die eine entsprechende Anerkennung verlangen, eher früher als später klarstellen, was dies für andere in Israel existierende Religionsgemeinschaften – vor allem Muslime und Christen – aber auch u.a. für die vielen sich säkular verstehenden Juden bedeuten würde.

Angesichts der Geschichte ist es verständlich und zu akzeptieren, dass viele Juden als Nation respektiert werden wollen und einen Staat verteidigen, in dem sie ihre Kultur und Religion uneingeschränkt und selbstverständlich leben können, sowie eine Sicherheit verspüren, die andernorts oft in Frage gestellt ist. Ist es dann aber nicht auch demokratische Aufgabe der israelischen Führung, unter den Nichtjuden für ihr Modell zu werben?

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre dieser Ausgabe sowie eine gesegnete Passions- und Osterzeit!

Ihr
Jens Nieper
Geschäftsführer des Jerusalemsvereins

Im Lande der Bibel 1/2014
59. Jahrgang

Zum Titelbild: Zwei sehr aktive Frauen aus der Gemeinde in Haifa. © E. u. A. Abboud.
Wir danken Eva und Achille Abboud sowie Wisam Zureik für die freundliche Unterstützung mit wunderbarem Bildmaterial für diese Ausgabe!

2 Zu diesem Heft

4 Meditation
4 Nachfolge unter dem Kreuz

6 Auch wir sind Bürger! Arabische Christen in Israel
7 Kleine, aber starke Minderheit: „Von Identitätskrise keine Spur"
12 Zur Lage der Christen im Heiligen Land. Vortrag beim 162. Jahresfest
16 „Ich wurde nicht als Christ geboren" – Porträt von Elias Chacour
18 Bürgerrecht im Ghetto. Palästinensische Araber in Israel
22 Woher kommst du? Das Identitätsdilemma der arabischen Minderheit in Israel

24 Aus dem Jerusalemsverein
24 Was als „Zweckehe" begann… 40 Jahre Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk
26 Seite an Seite. 40 Jahre erfolgreiche Kooperation
30 Neue Vertrauensperson im Rheinland: Beate Sträter
30 Der Jerusalemsverein feierte 162. Jahresfest – Eine Nachlese

28 Vertrauensleute
29 Impressum
33 Buchbesprechungen
33 „Erst das Leben muss des Lebens Wert zeigen. Der Syro-Iraner Lazarus Jaure (..) • ISRAEL KONTROVERS. Eine theologisch-politische Standortbestimmung • Buchhinweise: Liedpredigten • Zur Auseinandersetzung um das Kairo-Palästina Dokument • Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel

36 Kurzmeldungen
Osteraktion - Olivenöl vom Ölberg • Friedhofsschändungen • Wechsel im Patenschaftsprogramm • Neue Sporthalle in Bethlehem • EKD zu Gast im Heiligen Land

37 Die Gute Tat
Dessauer Rotarier unterstützen Talitha Kumi

38 Neuigkeiten aus Schulen und Gemeinden
38 Es geschah in Bethanien… Einweihung der Lutherischen Kirche an historischer Taufstätte
40 Wiedersehen in Ramallah. Schulpartnerschaft Gütersloh Ramallah II

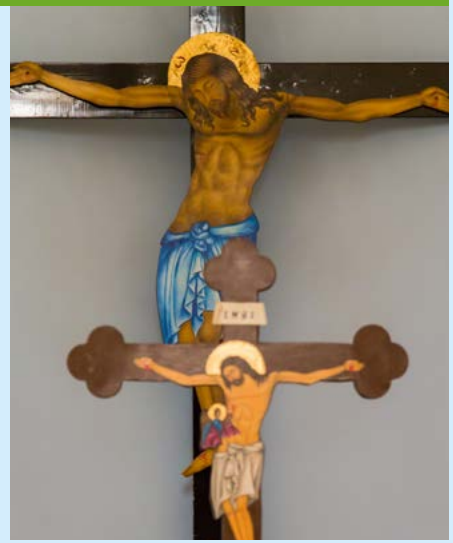
42 Allgemeine Berichte
42 Hebron – Ein persönlicher Erfahrungsbericht

46 Hier können Sie helfen
Hilfe für Schüler und Schülerinnen

Nachfolge unter dem Kreuz – Glaubenszeugnis in bedrängter Zeit

Predigt über Mk. 8, 31-38

Von **Dr. Andreas Goetze,** landeskirchlicher Pfarrer für interreligiösen Dialog in der EKBO und Vorstandsmitglied des Jerusalemsvereins



© Eva und Achille Abboud

„Wer mir nachfolgen will, der verleugne sich selbst und nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach." Wenn wir an die Christinnen und Christen in vielen Ländern, besonders im Nahen und Mittleren Osten, denken: Sollen sich die in diesen Ländern vielfach bedrängten und verfolgten Christen einfach still und widerstandslos ergeben? Dieser Ruf Jesu in die Nachfolge scheint eine unzumutbare Forderung zu sein. Immer nur verzichten, immer nur leiden – das kann doch nicht Gottes Absicht mit uns sein.

Dieses Bibelwort ist tatsächlich oft missbraucht und missverstanden worden. Es lohnt, sich dieses Wort Jesu genauer und im Zusammenhang anzuschauen. Wenn wir das Markusevangelium lesen und zum 8. Kapitel kommen, stehen wir an einem Wendepunkt. Jesus ist mit seinen Jüngern unterwegs. Noch sind sie in Galiläa, am See Genezareth, in Kapernaum, am Tabor. Doch Jesus weiß, wohin sein Weg führen wird: nach Jerusalem. Ein Passionsweg, ein Leidensweg. Er wird am Kreuz enden, auf Golgatha. In drei Leidensankündigungen will Jesus seine Jünger auf den bevorstehenden Weg vorbereiten. Und dreimal missverstehen sie ihn: Sie suchen ihren eigenen Vorteil, streben nach Macht und persönlichem Einfluss. Sie wollen nicht wahrhaben, wie Jesus sich als der Messias erweist: nicht mit Gewalt, sondern in der Hingabe seines Lebens. Durch seine hingebungsvolle Liebe, die alles verwandelt, überwindet er das Böse.

Gott am Kreuz, Gott im Leiden – das ist ein ausgesprochen unangenehmer Gedanke. Denn am Kreuz begegnet uns die ungeschminkte Wahrheit über uns selbst. Letztendlich sind wir geschlagene, verlachte, dem Tod preisgegebene Geschöpfe, die Gewalt und Unrecht ausüben. Wir sind es, die Jesus ans Kreuz bringen, die die Liebe immer wieder verraten. Ungeschminkt wird uns das am Kreuz von Golgatha aufgezeigt. Das halten wir nicht aus, das ist eine herbe Provokation für unser Ego. Nachfolge Jesu bedeutet keine Selbstverwirklichung.

Wie oft schon war ich erstaunt über den Glaubensmut und die Hoffnung der bedrängten Christinnen und Christen in vielen Ländern dieser Welt. Ob im Irak, in China, in Syrien, in der Türkei, ob in Israel und Palästina. Wie sie sich an diesen Jesus halten, der ihnen im Leiden vorausgegangen ist. Sie haben ebenso wie viele andere christlichen Minderheiten gelernt und im Glauben verstanden, das Leben vom Ziel her zu leben – und das Ziel des Lebens ist die volle Gemeinschaft mit Gott, die Fülle, das Heil: Denn er ist auferstanden! Schuld, Leid, Tod – sie haben bei Gott nicht das letzte Wort! Was für eine Perspektive! Das Leiden dauert nur eine begrenzte Zeit – auch wenn es nach menschlichem Ermessen ohne Ende scheint.

Elias Chacour, arabisch-israelischer Christ, griechisch-katholischer Priester und langjähriger Erzbischof von Akko, Haifa, Nazareth und ganz Galiläa, hat wie viele andere arabische Christen in Israel erfahren, was es bedeutet, „Bürger 2. Klasse" mit minderen Rechten und Chancen zu sein bis hin zu den fast fehlenden Möglichkeiten, Land zu erwerben oder Häuser zu bauen oder zu erweitern. Alles in allem: keine Anerkennung. Als arabische Christen ebenso wie die Muslime im Staat Israel als störend empfunden, gering geschätzt, ausgegrenzt. Ja, die Christen im Heiligen Land müssen tagtäglich das Kreuz auf sich nehmen, die Last des Lebens tragen. „Liebet Eure Feinde" im Angesicht einer Besatzungsmacht, das ist schwer. Da will man am liebsten fliehen, auswandern. Und viele tun es auch, wer will es ihnen verdenken. Aber viele bleiben auch, sehen ihren Auftrag in der Nachfolge vor Ort; dort an den Plätzen, die Christen so viel bedeuten. Bethlehem: Geburtsstadt Jesu, Jerusalem, heilige Stadt: Ort der Kreuzigung, und eben auch der Auferstehung.

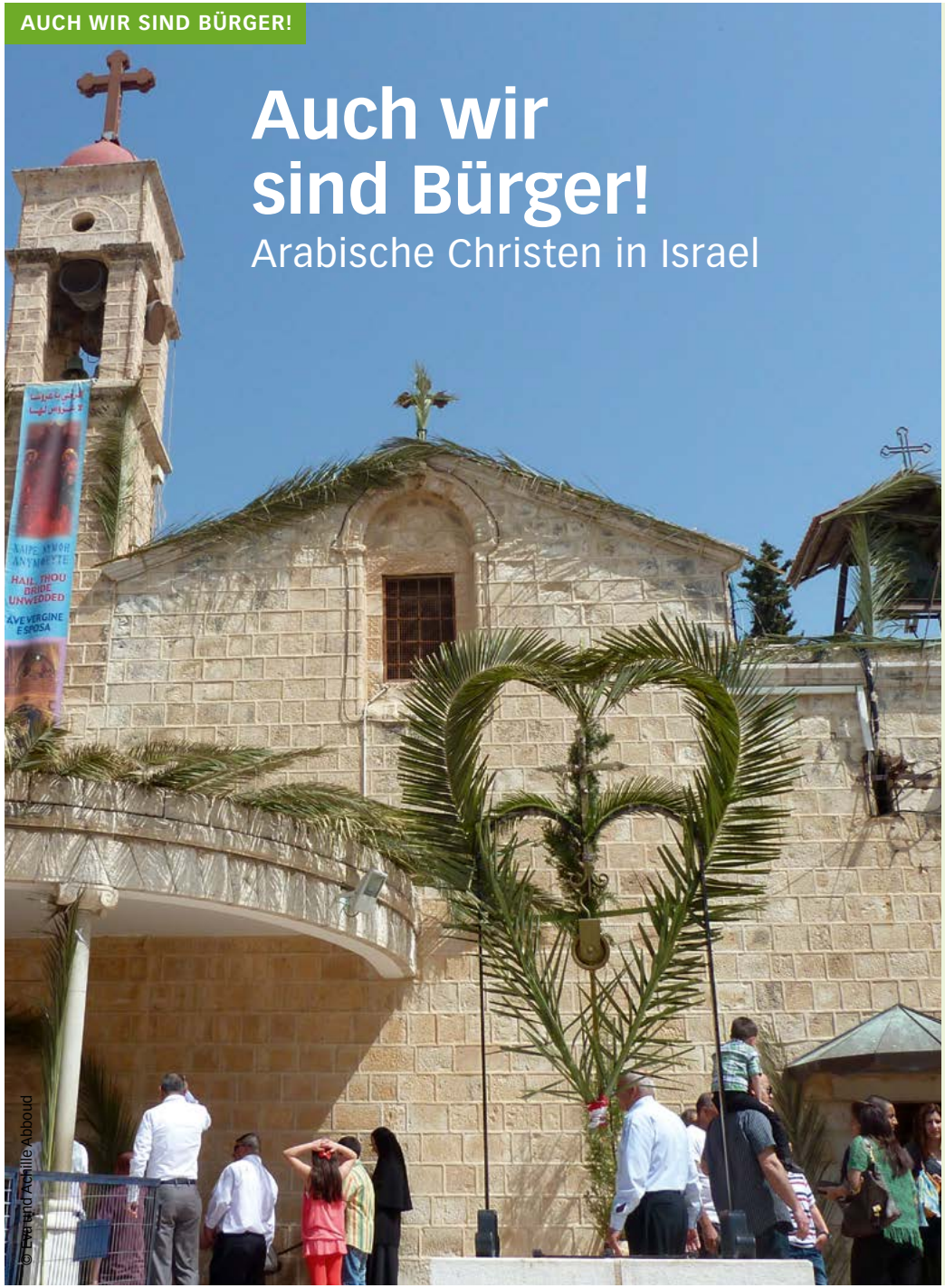
Nur wer wirklich stark ist, kann sein Kreuz auf sich nehmen. Jesus redet vom Ernst der Nachfolge. Verleugnen und bekennen gehören für ihn zusammen. Sich verleugnen, das bedeutet im Sinne Jesu: Nicht gefangen zu sein in den eigenen Bedürfnissen, Abstand zu nehmen von sich selbst, seinen eigenen Interessen und davon, den eigenen Vorteil zu suchen und sich vor Verantwortung zu drücken. Vielmehr aktiv zu werden in der bedrängten Situation, gerade dann dem bedrängten Nächsten solidarisch zu dienen.

Mit dem Blick auf die bedrängten Christen im Nahen Osten habe ich neu entdeckt: Nachfolge besteht darin, dass sich in solcher Hingabe, im scheinbaren Sich-Verlieren, in Wahrheit unser Leben erfüllt. Sicher bedeutet Nachfolge für uns hier etwas anderes als für die bedrängten Glaubensgeschwister. Wir leben privilegiert, leiden keine Verfolgung aus Glauben, haben hier nicht mit dem Tod zu rechnen. Trotzdem – oder gerade darum bin ich herausgefordert, ob ich an vielen Stellen nicht mutiger, eindeutiger, klarer Stellung nehmen müsste in Fragen, die das Leben und Überleben der Menschheit betreffen.

Auszüge aus der Predigt Dr. Andreas Goetzes anlässlich des 162. Jahresfestes des Jerusalemsvereins in der Berliner Heilig-Kreuz-Kirche. Die vollständige Predigt können Sie ab Ostern unter **www.jerusalemsverein.de** unter „Texte" abrufen.

Auch wir sind Bürger!

Arabische Christen in Israel



© Eva und Achille Abboud

Kleine, aber starke Minderheit

„Von Identitätskrise keine Spur"

Von **Dr. Hanna Khoury,** Schulpsychologe in der Gemeinde Matee Ascher, Israel

Statistische Daten

Auf der Welt leben ca. 30 Millionen arabische Christen, die Mehrheit von ihnen lebt im Nahen Osten. Die Christen im Heiligen Land sind historisch vor allem seit der Islamisierung im 7. Jahrhundert vorrangig arabisch geprägt und heute Teil der arabischen Minderheit in Israel. Die nicht-jüdische Bevölkerung macht heute 21 Prozent der Bevölkerung aus.

Die arabischen Christen in Israel sind eine kleine Minderheit im Land. 84 Prozent von ihnen leben heute im Norden des Landes. Im Jahr 2013 waren in der Stadt Nazareth 22.400 Christen registriert, in der Hafenstadt Haifa 14.600 und in der Stadt Schfaram 9.600. Der Rest ist auf verschiedene gemischte Dörfer im Norden des Landes verteilt. Rein christliche Dörfer gibt es heute nur noch zwei: das Dorf Mi'ilya mit 3.000 Einwohnern und das Dorf Fassuta mit 3.100 Einwohnern. Beide Dörfer gehören der griechisch-katholischen Kirche an.

Das Schicksal zweier weiterer christlicher Dörfer im Norden des Landes soll hier nicht unerwähnt bleiben: Die Bewohner der beiden Dörfer Iqrit und Biram wurden im Jahr 1948 vom israelischen Militär aufgefordert, wegen Militäraktionen in dem Gebiet ihre Häuser zu verlassen. Ihnen wurde versprochen, nach 14 Tagen wieder zurückkehren zu dürfen. Dies geschah jedoch bis heute nicht. Um die Rückkehr der Bewohner endgültig zu verhindern, beschloss die Armee - mit Wissen der Regierung - beide Dörfer zu zerstören. Das Dorf Iqrit wurde am Heiligabend 1951, das Dorf Biram am 16. und 17. September 1953 endgültig zerstört. Die beiden Kirchen und die Friedhöfe der beiden Dörfer blieben bis zum heutigen Tag Mahnmäler und warten auf die Rückkehr der Gemeinde. Trotz Gerichtsbeschlusses des Obersten Gerichtshofes in Israel, der den Bewohnern das Recht auf Rückkehr einräumt, wagte bis heute jedoch keine israelische Regierung diesen Beschluss zu vollziehen und den Bewohnern die Erlaubnis zur Rückkehr zu erteilen. Als Leichen aber kehren alle zurück: Die Toten werden bis heute dort begraben, Taufen und Hochzeiten werden auch in beiden Kirchen zelebriert.

Die Tabelle zeigt die Bevölkerung Israels nach Religionszugehörigkeit:

2013	Anzahl	Anzahl in %
Juden	6.040.000	75,6
Muslime	1.206.100	16,6
Christen	151.700	2,1
Druzen	119.700	1,6
Gehören keiner Religion an	302.000	4,1
Gesamt	8.012.000	100

Quelle: CBS, Statistical Abstract of Israel, 2013

Religionsfreiheit

Christen genießen, wie alle Staatsbürger entsprechend der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948, Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung. Die meisten kirchlichen Gemeinschaften sind von Israel anerkannte Kirchen, sie verfügen über eigene Familiengerichte und Selbstverwaltungsrechte. Auch in den Bereichen Kultur und Sprache wird der Minderheitenstatus durch arabische Schulen und die Anerkennung des Arabischen als offizielle Sprache Israels berücksichtigt. Beim Zugang zu Land und Finanzressourcen werden sie jedoch deutlich diskriminiert. Ihre Rechte haben sich die Minderheiten in Israel jahrzehntelang hart erkämpft. In einer modernen Demokratie wäre es jedoch wünschenswert, die Religionsfreiheit und das Recht auf Gleichbehandlung ausdrücklich in die Grundgesetze des Landes aufzunehmen.

Das Dorf Iqrit wurde am Heiligabend 1951 zerstört. Die Kirche von Iqrit steht noch.

An der Kirchenwand findet sich das Graffiti: „Wir werden das Geschenk vom 24.12.1951 nie vergessen."

Sozioökonomische Situation von Christen in Israel

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts und seit der „Wiederentdeckung" des Nahen Ostens durch die Europäer wurden die Christen - auch als eine Minderheit unter muslimischer Herrschaft - von den Europäern unterstützt. Sie wurden Träger westlicher Institutionen vor allem im sozialen und gesundheitlichen Bereich und im Bildungswesen. Es entstand ein Netzwerk von Missionsschulen, die maßgeblich zum höheren Bildungsgrad von Christen beitrugen. Arabische Christen gelten auch heute noch als eine besonders erfolgreiche Minderheit in Israel. Ihre sozioökonomische Lage wie auch ihr Bildungsstand und ihre politische Partizipation an der Demokratie und Liberalität liegen deutlich über dem Durchschnitt. Christliche Schulen gehören heute zu den besten im Land, regelmäßig gehören ihre Absolventen zu den erfolgreichsten Abiturienten. Im Jahr 2012 erreichten 69 Prozent der christlichen Schüler das Abitur, im Vergleich zu 50 Prozent unter den muslimischen und 64 Prozent der jüdischen Abiturienten.

Die Geburtenrate der Christen im Land zählt zu den niedrigsten im Vergleich zu den anderen Religionen. Der höhere Bildungsstandard beider Geschlechter und deren Teilnahme am beruflichen Leben sind heute die Ursachen dafür, dass die Christen eine wirtschaftlich erfolgreiche Minderheit sind, trotz der fehlenden Gleichbehandlung bei Finanzressourcen und der Chancenungleichheit.

Die Identitätsfrage

Die Frage nach der Identität beschäftigte mich persönlich bereits seit Mitte der siebziger Jahre sehr, als ich nach Deutschland kam, um dort zu studieren. Die Neugier der Menschen dort konfrontierte mich immer mit der Frage: „Wer bist du und woher kommst du?". Anfangs war ich irritiert, bis ich verstand, wie kompliziert meine Situation war und wie komplex diese Frage geworden ist. Und so begann ich mit dem „Wörterspiel", bis ich mich selbst fand. Auf der Suche nach der eigenen Identität wollte ich eindeutig nicht da sein, wo andere mich gerne sehen wollten. Meine Eltern sind Palästinenser, also bin ich auch einer. Ich bin 1956 geboren und somit offiziell als israelischer Staatsbürger geboren und registriert. Meine Eltern tauften mich in der griechisch-katholischen Kirche, somit gehöre ich der christlichen Minderheit im Land an. Meine Muttersprache ist Arabisch und ich bin von der arabischen Kultur und der arabischen Geschichte sehr geprägt. Politisch gesehen bin ich liberal. Von Identitätskrise keine Spur.

Wir Christen haben seit etwa Mitte des 20 Jahrhunderts nicht nur den arabischen Nationalismus genutzt, um unsere Zugehörigkeit zur arabischen Nation zu betonen, wir haben darüber hinaus mit prominenten Führungspersönlichkeiten den säkularen, arabischen Nationalismus mit geprägt. Der 1922 geborene Christ Emil Habibi gehörte später zu den Mitbegründern und Anführern der kommunistischen Partei in Israel. Der 1926 in Lod geborene George Habash gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Palästinensischen Volksfront zur Befreiung Palästinas. Er war dort Generalsekretär bis zum Jahr 2000. Besonders prägend für die arabische Nationalidentität war der in Jerusalem 1935 geborene Christ Edward Said, der sich vor allem mit der europäischen Sicht auf die wiederentdeckte Levante seit Beginn des 19. Jahrhunderts befasste und erheblich an der Konstruierung der arabischen Nationalidentität beteiligt war.

Die politische Entwicklung der letzten zehn Jahre im Nahen Osten sowie der zunehmende Einfluss von Terrorgruppen führte dazu, dass die Situation der Christen sich in mehreren arabischen Ländern verschlechterte. Die Bilder von Maalula in Syrien sowie die Nachrichten von dort entführten Bischöfen und Nonnen, haben auch hier Spuren hinterlassen. Plötzlich interessiert man sich für die christliche Minderheit im Land. Der Staat Israel fühlt sich auf einmal moralisch verpflichtet, die christliche Minderheit im Land zu schützen und ihr Profil zu stärken. In Regierungskreisen wird schon von einem Gesetzentwurf geredet (Anmerkung der Redaktion: Dieser Gesetzentwurf wurde am 25.02.14 verabschiedet), in dem die Identitätsfrage der Christen neu definiert werden soll. Die Christen sollen als Minderheit bevorzugt werden, ihnen sollen wichtige Aufgaben im Staat erteilt werden und sie sollen Militärdienst leisten. Wir sollen nicht mehr „Araber" heißen, sondern „Christen" als Identität angeben. Viele Christen im Land sind skeptisch und lehnen diese Diskussion strikt ab. Wir brauchen keine neue Identität, und diese schafft man nicht einfach durch ein Gesetz. Außerdem führt die Bevorzugung gegenüber anderen Minderheiten im Land vielmehr zu Spannung und zu einem Klassensystem, das dem Land auf lange Sicht nur schaden kann. Die Frage nach dem Militärdienst stößt allgemein auf breite Ablehnung. Man stellt sich hier eindeutig die Frage: Gegen wen sollen die Christen die Waffen tragen? Gegen die eigenen Brüder und Schwester in Bethlehem und Beit Jala oder gegen muslimische Brüder im Westjordanland und in Gaza? Diese Diskussion ist irreführend und führt meines Erachtens unter den verschiedenen Minderheiten nur zu Spannungen. Wer zum Militär möchte, kann dies auf freiwilliger Basis tun.

© Eva und Achille Abboud

Thora, Koran und Bibel stehen ganz selbstverständlich nebeneinander auf einem Wohnzimmerregal einer christlichen Familie in Nazareth.

Die Zukunftsperspektiven

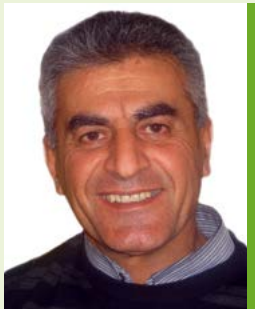
Die Zukunftsperspektiven der christlichen Minderheit in Israel hängen sehr stark davon ab, wie sich der Nahostkonflikt weiter entwickelt. Trotz der direkten Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Amerikaner scheint die Zweistaatenlösung aufgrund der unaufhaltbaren Siedlungspolitik der Israelis im Westjordanland, der schwierigen und ungelösten Frage der Flüchtlinge sowie der unnachgiebigen Haltung der Israelis und ihrer Ablehnung, Jerusalem zu teilen, zum Scheitern verurteilt. Der jüdische Schriftsteller und Denker Uri Avneri schrieb im Mai 2012: „Israel steuert auf einen Eisberg zu, auf einen größeren als einer von denen, die auf dem Weg der Titanic schwammen. Er ist nicht verborgen, alle seine Teile sind von weitem sichtbar. Und wir segeln geradewegs mit Volldampf auf ihn zu. Wenn wir den Kurs nicht ändern, wird sich der Staat Israel selbst zerstören – er wird sich erst in ein Apartheidsstaats-Monster vom Mittelmeer bis zum Jordan verwandeln und später vielleicht in einen binationalen Staat mit arabischer Mehrheit vom Jordan bis zum Mittelmeer."

Die Einstaatenlösung ist ein alter und neuer Vorschlag für eine Lösung des Nahostkonflikts zwischen Israelis und den Palästinensern. Sie sieht vor, dass aus den jetzigen Gebieten Israel, Westjordanland und Gazastreifen ein einheitlicher demokratischer und säkularer Staat gebildet wird, in dem Juden und Araber sowie alle anderen Bevölkerungsgruppen die Staatsbürgerschaft und dieselben Rechte und Pflichten haben.

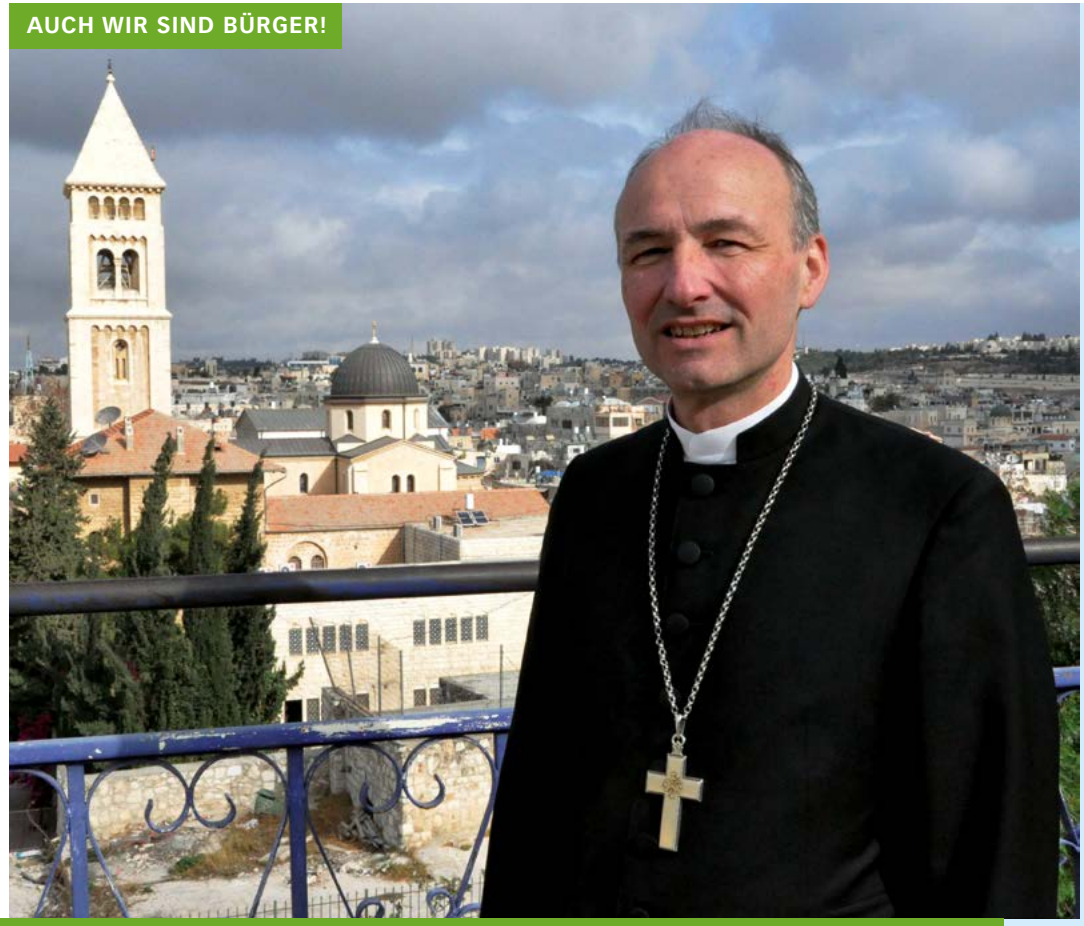
Die Rolle der arabischen Christen in der Region

Trotz der geringen Zahl von Christen und trotz der inneren Teilungen, unterschiedlichen Orientierungen und vielfältigen Herausforderungen besitzen wir Christen heute in Israel das Potential und die Eigenschaft eines Brückenbauers nach innen wie nach außen. Wir sind mit der arabischen Kultur verbunden und kennen den Islam als Religion und Geschichte, unsere religiösen Wurzeln verbinden wir aber mit dem Judentum. Durch die Erfahrung in beiden Kulturen bemühen wir uns, zu einer zentralen Brücke zwischen Juden und Muslimen zu werden. Die Christen im Land engagieren sich und ergreifen auch Initiativen zum interreligiösen Dialog.

Unsere Verbindung mit den westlichen Ländern und das große Interesse der Weltkirchen an uns Christen im Ursprungsland des Christentums macht uns sowohl für die Juden als auch für die Muslime interessant. Daher glaube ich, dass der Westen eine zentrale Rolle übernehmen kann, um uns in dieser Vermittlerrolle zu stärken. Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die Unterstützung des Westens und die Investitionen der Kirchen in den christlichen Gebieten, sowohl in die Bildung als auch im Gesundheitsbereich, Früchte getragen haben. Trotz unserer geringen Zahl sind wir heute ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor und tragen sehr viel dazu bei, im akademischen und im Entwicklungsbereich. Das nennt man Hilfe zur Selbsthilfe.



Dr. Hanna Khoury studierte Sozialpädagogik und Psychologie und promovierte an der Freien Universität Berlin. Nach vielseitigen Tätigkeiten in Deutschland im Bereich der Jugendarbeit, des Rundfunks, einer psychologischen Beratungsstelle für binationale Ehen und als wissenschaftlicher Angestellter der Justizbehörde Hamburg entschied er sich, 1997 in seine Heimat zurück zu kehren. Seitdem ist er überwiegend als Schulpsychologe tätig und arbeitet als Dozent an den arabischen Hochschulen in Haifa und Ibilin.



Zur Lage der Christen im Heiligen Land

Vortrag beim 162. Jahresfest

von **Wolfgang Schmidt,** Propst von Jerusalem, Februar 2014

Kürzlich äußerte anlässlich eines Empfangs des „Parlamentsausschusses für die Christlichen Partner" der Knesset-Abgeordnete des Rechtsbündnisses Likud Beytenu David Rotem wörtlich: „Christliche Araber können keine Palästinenser sein, weil ihr für die Palästinenser Hunde seid, wie wir Juden es sind". (Jerusalem Post, 30.1.2014). Nur sechs Tage später gab es in der Knesset heftigen Widerstand gegen einen Gesetzesentwurf, der nach Ansicht seiner Gegner einen Keil zwischen die arabische Bevölkerung treiben will. Das Gesetz soll den christlichen im Unterschied zu den muslimischen Arabern Zugang zu den Ausschüssen zur Arbeitsbeschaffung einräumen. Es wurde vom Vorsitzenden der Regierungskoalition, Yariv Levin, eingebracht.

In der Diskussion im Parlament sagte dieser: „Christen sind unsere natürlichen Verbündeten und eine Gegenposition gegenüber den Moslems, die den Staat von innen zerstören wollen... Dies ist ein wichtiger historischer Schritt, der uns den Christen näherbringen kann. Und ich bin vorsichtig, sie Araber zu nennen, denn sie sind keine Araber." (Haaretz, 6.2.2014). – Diese beiden Beispiele aus der israelischen Presse führen mitten hinein in die Situation der Christen im Heiligen Land.

Wovon sprechen wir, wenn wir vom „Heiligen Land" reden? Als Propst von Jerusalem ist das Einzugsgebiet meiner Arbeit der Staat Israel, die Westbank, die ich mit dem Namen des jüngsten „Beobachterstaates" bei der UNO Palästina nenne und Jordanien. Jerusalem nimmt darin noch eine weitere, eine spezielle Position ein. Ein Blick auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen dieser Region zeigt, dass wir es mit völlig unterschiedlichen Welten zu tun haben. Jedes Mal, wenn ich von meinen Pastorationsbesuchen in Amman über die Allenby-Brücke nach Jerusalem zurückkehre, spüre ich den Gegensatz zwischen einer – trotz aller Probleme – vergleichsweise homogenen Gesellschaft jenseits des Jordan und den zerrissenen Identitäten und differenzierten Kontexten, in denen sich das Christsein westlich des Jordan gestaltet.

So geht mein Blick zunächst ganz in den Westen, zu den Christen im Staat Israel. Etwa 155.000 Christen leben in Israel innerhalb einer Gesamtbevölkerung von rund 7,8 Millionen Menschen. Die Christen machen damit etwas unter 2 Prozent der Bevölkerung aus. Zahlen können hier immer nur ungefähre Größenordnungen und Relationen andeuten. Als israelische Staatsbürger gehören sie zu über 80 Prozent der arabischen Bevölkerungsminderheit im Lande an. Diese macht ihrerseits rund ein Fünftel der israelischen Bevölkerung aus. Die Christen konzentrieren sich insbesondere im Norden Israels. Etwa die Hälfte wohnt in den Dörfern Galiläas. Die andere Hälfte von ihnen lebt in sechs Städten: Nazareth, Shefa Amr, Haifa, Jaffa, Ramle und Lod.

Die übrigen 20 Prozent der Christen in Israel haben ihren Ursprung außerhalb der Region. Neben Europäern und Amerikanern, die hier - oft auf Zeit – leben, sind es insbesondere Russen, die mit ihren jüdischen Partnern seit den 90er Jahren nach Israel eingewandert sind. Die große Mehrzahl der 155.000 Christen in Israel gehört entweder der griechisch-orthodoxen Kirche an (32 Prozent), oder sie sind römisch-katholisch oder mit Rom Unierte wie die griechisch-katholischen Christen, die Melkiten, mit 40 Prozent. Eine völlige Dunkelziffer schließlich ist die Zahl der katholischen Arbeitsmigranten aus der Dritten Welt, vor allem Filipinos, die in den vergangenen 15 Jahren viele palästinensische Arbeitskräfte ersetzt haben. Ihre Gesamtzahl wird von der Website „katholisch.info" mit 60.000 angegeben.

Die vielschichtigen Ausprägungen des christlichen Glaubens westlich von Jerusalem machen deutlich, wie unterschiedlich die Bedingungen der Glaubensausübung sind. Generell kann man sagen, dass die Christen eher eine Position am Rande der Gesellschaft einnehmen. Das gilt natürlich auch für christliche Arbeitsmigranten.

Gleichzeitig stehen die arabischen Christen in Israel vor dem Dilemma, ihre Identität und ihre Loyalität zu bestimmen. Israelis sind sie de facto. Sie haben einen israelischen Pass und wählen das Parlament. Aber identifizieren möchten sie sich nicht ohne Weiteres mit einem Staat, der ihre Belange nicht ebenso ernst nimmt wie die Belange seiner anderen Staatsbürger – zumal sie ja über die Sprache und ethnische Herkunft mit ihren muslimischen Nachbarn ein gemeinsames Sozialgefüge bilden. Dazu kommt das historische Gedächtnis. 1943 machten die Christen mit 127.000 acht Prozent der Bevölkerung ihres Landes aus. Nur sechs Jahre später, nach der israelischen Staatsgründung und dem ersten Krieg zählten sie mit 34.000 gerade noch drei Prozent an der Bevölkerung. Viele haben in Palästina oder in Jordanien Verwandtschaft, mit der sie sich bis heute verbunden fühlen. Wie kann man vor dem Hintergrund der Geschichte und der Gegenwart da eine klare Identität ausprägen? Und natürlich wird die Gratwanderung einer Identitätssuche verschärft durch die andere Religion, den Islam, mit dem man Sprache und Kultur teilt. Doch längst nicht überall begegnet den arabischen Christen seitens der arabischen Muslime die Toleranz, die eine gemeinsame arabische Identität stärken könnte.

Die beiden Zitate vom Anfang meines Beitrags machen deutlich, wo derzeit die politischen Diskussionslinien verlaufen. Dies wird besonders sichtbar an der Frage des Wehrdienstes für Christen, die als Teil der arabischen Bevölkerung der allgemeinen Wehrpflicht enthoben sind. Der in Nazareth ansässige griechisch-orthodoxe Priester Gabriel Nadaf beispielsweise gehört zur Minderheit derer, die eine Ableistung des Wehrdienstes durch Christen entschieden befürworten, weil sie darin eine Chance zur Integration sehen. Nach Angaben der Zeitung Haaretz vom vergangenen August leisten augenblicklich rund 500 junge christliche Israelis einen Zivildienst ab. Wie umstritten diese Position ist, sieht man daran, dass Nadafs Sohn für die Ansichten seines Vaters angeblich bereits einmal krankenhausreif geschlagen wurde. Dessen ungeachtet kündigte Ministerpräsident Netanjahu Mitte letzten Jahres die Gründung eines Forums an, das den Wehrdienst und Zivildienst unter Israels Christen voranbringen soll und ein Gesetz über deren Wehrpflicht erarbeiten soll. Die offizielle Reaktion der griechisch-orthodoxen Kirche zu diesen Aktivitäten rügt ihren Priester mit den Worten: „Arabische Christen geben sich nicht für Aktivitäten her, die auf eine Spaltung der arabisch-palästinensischen Gesellschaft in Israel abzielen."

Ob das Interesse des israelischen Ministerpräsidenten an den Christen mehr ist als ein strategischer Schachzug, sei dahin gestellt. Amnon Ramon zumindest, Fachmann für die Situation der lokalen Christen von der Hebräischen Universität und am Jerusalem Institute for Israel Studies, kommt in seiner Studie über „Christians and Christianity in the Jewish State" von 2012 zu dem Ergebnis, dass Israels Beziehungen zu den Christen und kirchlichen Institutionen in der Prioritätenliste von Politik und Praxis der örtlichen und nationalen Regierungsorgane weit hinten rangiert. Er ermuntert die Christen in Israel, sich nicht lähmen zu lassen, sondern ohne falsche Zurückhaltung gegenüber der Dynamik des israelisch-palästinensischen Konflikts für ihre Bedürfnisse offen einzutreten. Dass dies notwendig ist, machte Nourhan Manougian,

© Eva und Achille Abboud

Altarraum der Kirche St. Gregorius in Wadi el Dschimal, Haifa.

der armenische Patriarch von Jerusalem, in einem Interview kurz nach seiner Amtseinführung deutlich. „Wir sind Bürger dritter Klasse", beklagt er.

Um den Blick auf die Lage der Christen in Israel abzurunden, seien abschließend zumindest noch zwei Facetten christlicher Präsenz erwähnt. Da sind einerseits die messianischen Gemeinden zu erwähnen, die nach Angaben ihrer Anhänger zahlenmäßig am Wachsen sind, im Ganzen aber nur wenige Tausend Gläubige umfassen. Zahlen sind hier schwer zu überprüfen, da die Bewegung zumeist missionarischen Konzepten nahe steht, bei der Erfolgsmeldungen in Zahlen gerne extrapoliert werden. Die andere Bewegung, die im Land immer wieder von sich reden macht, sind die christlich-zionistischen Israelfreunde. Die Internet-Seite „Israel heute" schreibt: „Jeder sollte einmal dabei gewesen sein, wenn Christen aus allen Teilen der Erde gemeinsam mit Israelis in einer bunten Parade durch die Straßen der Heiligen Stadt schreiten. Der Prophet Sacharja hat eine Zeit vorausgesagt, in der auch Nichtjuden zum Laubhüttenfest kommen werden. Mit der Anwesenheit von Christen aus aller Welt geht diese Prophezeiung in Erfüllung." Einmal mehr wird die religiöse Aufladung des Nahostkonflikts aus solchen Worten spürbar. Die provokativen Aufmärsche gehören für mich zu den jährlichen Erfahrungen, auf deren Erlebnis ich als evangelischer Christ in Jerusalem nur zu gern verzichten würde. Auch die einheimischen Christen in der Stadt sind von den westlichen Israel-Enthusiasten alles andere als begeistert.

Bei aller Solidarität der Christen mit ihren muslimischen Geschwistern haben sie auch unter dem verstärkten religiösen Selbstbewusstsein ihrer muslimischen Nachbarn zu leiden. Ihre Identität steht vor der ständigen Herausforderung, zwischen Identifikation und Distanzierung ein christlich-palästinensisches Selbstbewusstsein auszubilden.

© Eva und Achille Abboud

„Ich wurde nicht als Christ geboren“

Porträt von Elias Chacour

„Ich wurde nicht als Christ geboren!“, mit dieser Bemerkung ließ Elias Chacour, kürzlich in den Ruhestand getretener Erzbischof von Haifa, Akko, Nazareth und ganz Galiläa, seine Zuhörer beim 162. Jahresfest des Jerusalemsvereins aufhorchen. „Wurden Sie als Christen geboren?“, fragt der Metropolit, der zur melkitischen Kirche gehört, nach: „Niemand wird als Christ geboren – oder als Jude oder Muslim. Wir werden alle als Babys geboren. Wir sind alle Menschen, geschaffen als Abbild Gottes.“ Mit dieser Aussage wird deutlich, wie der Versöhnungsansatz Chacour leitet. Der Priester tritt für ein friedliches Zusammenleben von Juden, Muslimen und Christen ein. Dies ist keineswegs selbstverständlich angesichts der Verhältnisse in Israel. Und es ist auch nicht selbstverständlich angesichts der Erfahrungen, die Chacour selbst gemacht hat.

Chacour wurde 1939 in dem christlichen Dorf Bir’am in Galiläa geboren. Im Verlauf des israelischen Unabhängigkeitskrieges wurden die Bewohner des Dorfes von der israelischen Armee vertrieben. Rückkehrversprechen wurden nicht gehalten. Und bis heute verweigert das Militär den Bewohnern die Rückkehr, obwohl israelische Gerichte dies erlaubt haben. In Israel leben heute ca. 150.000 Christen – ganz überwiegend sind es Araber. Die Mehrheit dieser Minderheit findet sich in Galiläa. In dieser Landschaft sind sie verwurzelt. Über die Frage „Wann sind Sie denn zum Christentum konvertiert?“, die auch Chacour manchmal gestellt wird, kann der Mann mit dem freundlichen Blick nur schmunzeln. Er betont, dass es seit den Zeiten Jesu in Galiläa Christen gibt: „Jesus war ein Galiläer, ebenso Maria und Joseph und auch die Mehrzahl der Jünger.“ Chacour erinnert daran, dass das Wirken Jesu größtenteils rund um den See Genezareth geschah, dass sich in seinen Geschichten die Lebenswelt Galiläas spiegelt und dass sich nach Ostern der Auferstandene in Galiläa den Jüngern wieder zeigte. Nur noch rund ein Viertel der Christen Palästinas würden auch noch selbst im Heiligen Land leben. Rund 75 Prozent hätten als Flüchtlinge das Land verlassen oder seien emigriert. Die Verbliebenen teilen sich auf verschiedene Kirchen auf. „In dieser Diversität begegnen wir Juden und Muslimen, die die Mehrheit bilden“, merkt Chacour an, weist dann aber darauf hin, dass auch das Judentum und der Islam alles andere als monolithisch auftreten.

Um im Staat Israel bei dieser Konstellation bestehen zu können, ist für Chacour die Bildung ein wichtiger Faktor für die Christen. Aus diesem Grund hat er in Ibillin ein Bildungszentrum aufgebaut. Er begann mit einer Bibliothek, dann folgte eine Schule, schließlich wurde 2003 das Mar Elias College als erste israelisch-arabische Hochschule gegründet. Chacour legt Wert darauf, dass diese Einrichtungen nicht nur Christen, sondern auch Muslimen offenstehen. Ebenso betont er, dass dieses Zentrum zusammen mit Muslimen aufgebaut wurde und betrieben wird. Baugenehmigungen oder eine Betriebslizenz habe er für Mar Elias von den israelischen Behörden nie erhalten, 37mal habe er wegen seiner Initiative bisher vor israelischen Gerichten gestanden. „Aber was ist wichtiger: Eine Schule zu betreiben oder eine Genehmigung für eine Schule zu haben?“, fragt Chacour und verdeutlicht damit, dass es mit der Gleichbehandlung der Araber allgemein und der Christen insbesondere im Staat Israel oft nicht weit her ist. Entsprechend warnt er, dass das im Februar in der Knesset verabschiedete Levin-Gesetz, dass bzgl. der arabischen Israelis zwischen Muslimen und Christen unterscheidet, gefährlich sei. Es sei keine Perspektive, den Christen Privilegien zu gewähren und damit die Gesellschaft weiter zu „zersplittern“.

Elias Chacour beim Jahresfest.

Chacour verdeutlicht an seiner eigenen Identität, wie kompliziert die Gemengelage ist, und bezeichnet sich dabei als „laufenden Widerspruch“. „Ich bin Palästinenser, ein stolzer Palästinenser. Als Palästinenser bin ich Araber – und damit in den Augen vieler ein geborener Terrorist“, erklärt Chacour, wobei er sein Jackett öffnet und betont: „Sehen Sie, ich trage weder eine Waffe noch eine Bombe mit mir.“ Und er führt fort: „Ich bin Christ – und dies in einer Region, in der viele Menschen automatisch nur Muslime erwarten. Und ich bin Israeli, obwohl viele denken, Israelis seien nur Juden.“ Daher betont er zum Schluss: „Ich bin nur ein Mensch – so wie wir alle.“.

AUCH WIR SIND BÜRGER!

Bürgerrecht im Ghetto

Palästinensische Araber in Israel

Von **Oren Yiftachel,** Institut für Geographie, Ben-Gurion-Universität, Beer-Sheva, Israel

Dieser Aufsatz beschreibt in Kürze den Status der palästinensisch-arabischen Bürger in Israel. Demokratisches Bürgerrecht wird als volle und gleichberechtigte Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen definiert, was eine Kombination von rechtlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Rechten und Möglichkeiten beinhaltet. Nach jüngsten Definitionen bedeuten volle Bürgerrechte auch die Ausweitung kollektiver Rechte auf nationale, ethnische und religiöse Minderheiten. In diesem Aufsatz bezeichnet „Araber in Israel" die palästinensischen Bürger Israels unter Einschluss der Gemeinschaften der Drusen und Beduinen, im Unterschied zu ihren Brüdern in den besetzten Gebieten und in der Diaspora.

Arabische Bürgerrechte wurden in Israel strukturell durch das staatliche ethnokratische Regime und durch das damit verbundene hegemonistische Judaisierungsprojekt behindert. Seit den 1990er Jahren haben gewisse liberale Tendenzen den formalen Status und die Rechte der Minderheit positiv beeinflusst. Aber gleichzeitig haben materielle, militärische und wirtschaftliche Entwicklungen die Möglichkeiten der Araber, ihre Rechte auszuüben, weiter beeinträchtigt. Daher sitzen die Araber in Israel in einer Falle. Diese manifestiert sich durch die Widersprüche des israelischen Regimes: einerseits definiert sich der Staat selbst als „Demokratie", andererseits setzt dieser Staat seine repressiven und ausgrenzenden Praktiken gegenüber den Palästinensern sowohl in den besetzten Gebieten als auch in Israel selbst fort.

Der zivile Status der Araber in Israel kann begrifflich als der eines ghettoisierten Bürgerrechtes gefasst werden, welches in ein System „schleichender Apartheid" eingebettet ist. Dieses nicht erklärte System erstreckt sich über das Staatsgebiet Israels und die besetzten Gebiete. Es umfasst Gruppen wie die Palästinenser in Ost-Jerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen, die Palästinenser, Drusen und Beduinen diesseits der Grünen Linie, orthodoxe und ultraorthodoxe Juden, jüdische Siedler, neue jüdische Immigranten und Wanderarbeiter: All diese Gruppen sind de jure und de facto mit unterschiedlichen Rechten und Privilegien ausgestattet. Der zivile Status dieser Gruppen ist bestimmt durch ihre Volkszugehörigkeit, ihre Religion und ihren Wohnort. Die Gestaltung des arabischen Bürgerrechtes diesseits der Grünen Linie kann nur als Teil dieses Systems verstanden werden.

Die fortdauernde gewaltsame Besetzung der palästinensischen Gebiete und die Ansiedlung von mehr als 400.000 Juden jenseits der Grünen Linie haben der arabischen Minderheit in Israel einen hohen Tribut abverlangt. Denn die natürliche Solidarität mit ihren palästinensischen Brüdern, besonders in Zeiten gewaltsamer Konflikte, hat den jüdischen anti-arabischen Rassismus anwachsen lassen. Zudem hat der fortdauernde zionistisch-palästinensische Konflikt den Arabern die Möglichkeit verstellt, ihre Beschwerden im öffentlichen israelischen Diskurs zu äußern, mit der Folge, dass sie weiterhin wertvoller materieller Ressourcen beraubt sind, die sie für ihre Entwicklung und die Konsolidierung ihrer politischen und gesellschaftlichen Lage brauchen.

Bedingungen der Bürgerrechte

Israel wurde nach 1948 nach der Nakba (arab. „Katastrophe", Anm. d. Redaktion) gegründet, durch die zwei Drittel der Palästinenser vertrieben und zu Dauer-Flüchtlingen wurden. Jene 160.000 Palästinenser, welche im unabhängigen Israel blieben (13 Prozent der Bevölkerung des Staates) bildeten eine schwache, fragmentierte und „mit dem Feind verbundene" Gemeinschaft. Israel gab ihnen formale Bürgerrechte, stellte sie aber achtzehn Jahre lang unter Militärherrschaft. Seitdem ist diese Minderheit um das Achtfache gewachsen, im Jahre 2005 zählte sie 1,15 Millionen Menschen, oder siebzehn Prozent der Bevölkerung. Von Anfang an hat die Politik des Staates versucht, Minderheiten zu schwächen – durch Segmentierung (etwa durch Abtrennung der drusischen und der beduinischen Gemeinschaften), durch Aberkennung der meisten kollektiven kulturellen oder politischen Rechte und durch tief greifende materielle Benachteiligung.

Dagegen haben die Araber eine kollektive politische Agenda entwickelt, deren Fundament ihr Status als eine nationale Minderheit in ihrer Heimat ist. Sie sind entschlossen, ihren Besitz und ihr Erbe zu schützen sowie Gleichheit und Anerkennung zu erreichen. Doch haben bislang weder die ihnen zugestandenen formellen Bürgerrechte noch ihr wachsendes demographisches Gewicht zu signifikanter sozialer Integration und zu politischer Stärkung geführt. Trotz einer langen und gewaltlosen Kampagne für Gleichheit und Anerkennung haben Araber in Israel auf diesem Gebiet kaum Erfolge vorzuweisen. (…) Die Marginalisierung der Araber lässt sich anhand einer Vielzahl von Beispielen illustrieren:

Teilhabe an der Macht

An keiner der bisher 31 Regierungen war eine arabische Partei als Koalitionspartner beteiligt. Nur zweimal wurde ein Araber zum Minister ernannt (von 648 Minister-Ernennungen insgesamt), und nur ein Araber brachte es zum Richter am Obersten Gerichtshof (bei 55 Ernennungen innerhalb von 58 Jahren). Araber sind schlechterdings aus der wissenschaftlichen und unternehmerischen Elite ausgeschlossen, sie stellen weniger als ein Prozent der Universitätsprofessoren oder Unternehmensvorstände.

Landbesitz

Araber haben mehr als die Hälfte ihres Landes durch Konfiskationen des Staates verloren, sie bleiben in ihren kleinen geographischen Enklaven eingeschlossen, in denen sie lediglich 2,5 Prozent des Staatslandes kontrollieren. Seit 1948 wurde - außer für die erzwungene Urbanisierung von Beduinen - keine einzige neue arabische Siedlung genehmigt. Ungefähr die Hälfte der Beduinen der Negev/Naqab-Region lebt in nicht anerkannten Dörfern auf dem Land ihrer Vorfahren; ihnen werden grundlegende Dienstleistungen und Einrichtungen verweigert. (…)

Judaisierung und arabische Minderheit

Das Scheitern der Araber, ihr formales Bürgerrecht zu einer substantiellen und gleichberechtigten Partizipation auszugestalten, hat seine Ursache vor allem in der ethnokratischen Struktur des Staates. Die Judaisierung – und die mit ihr verbundene De-Arabisierung - sind das Resultat des hegemonistischen zionistischen Projektes, das die Ziele, den Ressourcen-Einsatz und die Politik der staatlichen Institutionen wie überhaupt die weit verbreiteten rassistischen Einstellungen gegenüber der arabischen Minderheit bestimmt. Judaisierung ist die Hauptideologie des Staates. Diese überlagert sein formales Bekenntnis zur Demokratie. (…)

Im Folgenden sei an einigen Beispielen kurz dargestellt, wie das ethnokratische Regime Israels palästinensisch-arabische Bürger auf entscheidenden sozialen Feldern marginalisiert.

Israel erlaubt nur jüdische Immigration. Dreh- und Angelpunkt des Systems sind das Rückkehrgesetz (Law of Return) und, parallel dazu, die Weigerung, palästinensische Flüchtlinge zurückkehren zu lassen. Bis heute hat Israel 2,8 Millionen jüdische Migranten aufgenommen, und auf globaler Ebene ermutigt Israel weiter aktiv jüdische Immigration. Gleichzeitig verhindert Israel die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge und engt durch strikte Auflagen die Einreise jedes Palästinensers ein. (...)

Seit 1948 verfolgt Israel das Ziel, die Kontrolle über Land soweit irgend möglich in jüdische Hände zu legen: Dazu gehören die Ansiedlung von Juden in allen Teilen von Israel/Palästina, die Segregation und Ghettoisierung von Arabern, verbunden mit strenger Begrenzung palästinensisch-arabischer Siedlungen in ihrer Ausdehnung und Entwicklung. Derzeit kontrollieren palästinensische Araber, die 17 Prozent der Bevölkerung des Staates stellen, nur 2,7 Prozent des städtischen Raumes und besitzen nur 3,5 Prozent der ländlichen Gebiete. Im Großen und

Ganzen wird Staatsland ausschließlich für jüdische Zwecke benutzt. Seit 1948 hat der Staat mehr als 700 neue jüdische Siedlungen gegründet, aber keine einzige arabische. (…)

Staatssymbole wie Flagge, Nationalhymne, Zeremonien und Logos betonen allesamt den jüdischen Charakter des Staates, dasselbe gilt für nationale Feiertage und Wochenenden, die alle nach dem jüdischen Kalender ausgerichtet sind. (…)

Trotz der israelischen Selbstdefinition als jüdisch und demokratisch ist es, wie wir gesehen haben, im Ergebnis ein judaisierender Staat, in dem demokratische Grundsätze den (oft rassistischen) Erfordernissen der Judaisierung in allen zentralen gesellschaftlichen Bereichen untergeordnet sind - rechtlich, institutionell, materiell und exekutiv. Das Judaisierungs-Projekt hat den Charakter des israelischen Bürgerrechts geprägt und darauf hingearbeitet, die arabischen Bürger des Staates zu marginalisieren. (…) Das Ergebnis ist eine diskriminatorische und zutiefst fehlerhafte israelische Bürgerrechtsstruktur, welche „Pakete“ abgestufter Rechte und Möglichkeiten zuteilt, die auf ethnischer Herkunft beruhen. Sie liegt weit entfernt von der Vorstellung einer gleichberechtigten Teilhabe und demokratischer Bürgerrechte. (…)

Daher kann man sagen, dass das palästinensisch-arabische Bürgerrecht in Israel ein Ghetto-Dasein führt. Dieses Ghetto hat viele Facetten – politisch, kulturell, ökonomisch und administrativ und, als Resultat, auch räumlich. Die palästinensischen Araber in Israel sind offiziell ein Teil der Gesellschaft, strukturell jedoch durch Vorherrschaft, Ausgrenzung und Entmachtung marginalisiert.

Übersetzung: Heiko Flottau. Abdruck mit freundlicher Genehmigung durch „Inamo“.

Dies ist die sehr stark gekürzte Version eines ausführlichen Artikels, der zuerst erschien in: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten inamo Heft 64 – Berichte und Analysen, Winter 2010, und in: „Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel“, israel & palästina - Zeitschrift für Dialog II/2013, hrsg v. Deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten. **www.inamo.de**

AUCH WIR SIND BÜRGER!

Woher kommst du?

Das Identitätsdilemma der arabischen Minderheit in Israel

Von **Wisam Zureik,** Filmemacher

Es ist mühsam, einer Minderheit anzugehören, die 20 Prozent der Bevölkerung eines Staates ausmacht, dessen mehrheitliche Bevölkerung die Existenz dieser Minorität nicht akzeptiert. Kompliziert wird es, wenn diese Minderheit das indigene Volk der Region ist, in der dieser Staat gegründet wurde und jener diese Tatsache nicht nur missbilligt, sondern auch leugnet. Diskriminierend wird es, wenn dieser Staat sich als die alleinige Heimat einer Religion bezeichnet und somit die Religionen der Minderheiten missachtet. Ungerecht wird es weiterhin, wenn die Bürger der Mehrheit mehr Rechte genießen als die übrige Bevölkerung. (…) Ich gehöre der arabischen Minderheit in Israel an.

Ein Zeitzeuge der „Nakba" erzählt dem Filmteam …

Während ein Teil der arabischen Welt gegenüber den Arabern in Israel das Vorurteil hegt, dass sie wegen ihrer israelischen Staatsbürgerschaft Verräter seien, betrachten viele Juden diese Bevölkerungsgruppe auf Grund ihrer Solidarität mit dem palästinensischen Volk als „fünfte Kolonne". Auf dem Papier sind diese Araber Israelis, doch ihre Wurzeln sind palästinensisch. Bei manchen sind diese Wurzeln stark ausgeprägt, bei anderen eher schwach und bei wenigen sind sie gänzlich verloren. Sie sind Bürger zweiter Klasse, jedoch ist es kein Geheimnis, dass ihr Lebensstandard in der Regel besser als in arabischen Ländern ist. Sie werden von der israelischen Regierung diskriminiert, aber sie wissen, dass arabische Regierungen ihnen vermutlich noch weniger Rechte einräumen würden. Der Konflikt dieser Minderheit ist, dass ihre Identität zugleich mit palästinensischen und israelischen Bezügen verknüpft ist. Diese beiden Aspekte harmonieren nicht miteinander, sie bilden gegensätzliche Pole. Einen Standpunkt dazwischen zu finden, bedeutet manchmal eine Verbundenheit zu betonen oder zu streichen, eine Hoffnung zu wecken oder aufzugeben, eine Tatsache anzuerkennen oder zu leugnen.

Die Ursache dieses Paradoxons ist die Tatsache, dass die Araber in Israel sowohl palästinensische als auch israelische Zugehörigkeitsgefühle haben. Einerseits sind diese Araber Palästinenser, weil sie ursprünglich vom palästinensischen Volk abstammen. Andererseits sind sie Israelis, weil sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzen. Sie sind dem Konflikt zwischen ihrer nationalen Identität als Palästinenser und ihrer Staatsidentität als Israelis ausgesetzt. Aufgrund dieser Identitätskrise bestehen große Unterschiede, wie sich die Araber in Israel selbst definieren. Einige heben ihren palästinensischen Ursprung hervor und bezeichnen sich demnach als Palästinenser. Andere betonen ihre israelische Staatsbürgerschaft und betrachten sich somit als Israelis. Viele Araber sind wiederum bemüht, eine Kombination aus beiden Aspekten zu formulieren (…)

Die Fragestellung „Woher kommst du?" hat mich in Deutschland immer beschäftigt und begleitet. Jedes Mal, wenn mir diese Frage gestellt wurde, musste ich meine Antwort überlegen. Ich konnte keine eindeutige Definition zwischen meinem palästinensischen Ursprung und meiner israelischen Staatsbürgerschaft finden. Wegen dieses inneren Konflikts setzte ich mir das Ziel, meine eigene Identität durch einen Dokumentarfilm im Rahmen meiner Abschlussarbeit zu finden. Dabei entstand der 42-minütige Film „Woher kommst du?". (…)

Wenn Sie wissen möchten, wie der Autor sich auf persönliche Spurensuche begibt und wie er die Frage nach seiner Identität beantwortet und Interesse haben, den Film aufzuführen, können Sie sich gerne direkt an ihn wenden kontakt@wisam-zureik.com Aktuelle Termine, weitere Informationen und den Trailer finden Sie unter:
www.woher-kommst-du.de

… wie er 1948 als Kind die Vertreibung aus seinem Dorf erlebt hat.

Wisam Zureik, *1985, ist Sohn einer palästinensischen, christlichen Familie aus Eilaboun, einem Dorf im Norden Israels. Er studierte in Aachen und Köln Informatik und Mediendesign. Seine Abschlussarbeit an der Rheinischen Fachhochschule Köln ist der Film „Woher kommst Du?", mit der er die Frage nach seiner Identität zwischen seinem palästinensischen Ursprung und seiner israelischen Staatsbürgerschaft beantworten möchte.

Was als „Zweckehe“ begann…

40 Jahre Jerusalemsverein und Berliner Missionswerk

Von **Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit,** Vorsitzender des Jerusalemsvereins

…entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer fruchtbaren Partnerschaft. Als vor 40 Jahren der Jerusalemsverein und das Berliner Missionswerk einen Vertrag schlossen, um die bisher vom Jerusalemsverein getragene Arbeit in Palästina in das Berliner Missionswerk zu integrieren, da verstand mancher das Verhältnis dieser beiden Institutionen als das von „Erblasser“ und „Erbe“.

In über 120 Jahren war in Palästina ein vom deutschen Protestantismus angeregtes reformatorisches Erbe entstanden, das im Wesentlichen aus drei Wurzeln hervorgegangen war: der vom Jerusalemsverein seit 1852 geförderten Gemeinde- und Schularbeit unter den Palästinensern, der Erziehungs- und Siedlungsarbeit der Familie Schneller und der Bildungs- und Krankenhausarbeit der Kaiserswerther Diakonissen. Nachdem Schneller nach dem zweiten Weltkrieg das Handlungsfeld Palästina verlassen hatte, um danach in Jordanien und Libanon zu agieren, wurde Anfang der 1970er Jahre die Möglichkeit genutzt, den größten Teil der deutschen evangelischen Palästinaarbeit im Berliner Missionswerk zusammenzuführen. Zuerst übertrug der Jerusalemsverein 1974 seine gesamte Auslandsarbeit an das Berliner Missionswerk. Wenig später übergab Kaiserswerth dem Berliner Missionswerk die Führung der Schule und des Mädcheninternats Talitha Kumi.

Damit bestand erstmalig die Chance, die Partnerschaft zwischen den evangelischen palästinensischen Christen und allen in Deutschland am Heiligen Land interessierten evangelischen Christen durch ein kirchliches Missionswerk abgestimmt zu gestalten. Das Berliner Missionswerk konnte den Jerusalemsverein für deutschlandweites Handeln nutzen. Kirchliche Missionswerke waren sonst auf den Bereich ihrer Trägerkirchen bezogen und beschränkt. Freunde für das Heilige Land aber gab es in allen evangelischen Landeskirchen in ganz Deutschland und auch in Österreich und der Schweiz. Gleichzeitig war die bisher vom Jerusalemsverein betriebene Arbeit von vielen Landeskirchen, von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Evangelischen Kirche der Union (EKU, heute UEK) unterstützt worden. Das Berliner Missionswerk hatte als Unterstützerkirche aber nur die Evangelische Kirche in Berlin und Brandenburg/West. Vor allem die aus dem Raum der EKU kommende finanzielle Hilfe war für die Nahost-Arbeit in Palästina unverzichtbar. Mit Hilfe des Jerusalemsvereins bildete das Berliner Missionswerk deswegen einen Nahost-Beirat mit Delegierten aus weiteren Unterstützerkirchen.

Für die palästinensische Partnerkirche, damals Evangelische Kirche in Jordanien (ELCJ) genannt, war diese Veränderung der Beziehung von einem Förderverein zu einem kirchlichen

Roland Herpich, der Direktor des Berliner Missionswerks, Dr. Christoph Rhein, ehemaliger Vorsitzender des Jerusalemsvereins, und Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit, aktueller Vorsitzender des Jerusalemsvereins, tauschen sich beim Jahresfest auf dem Podium aus.

Missionswerk gut, denn man hatte sich im Jahre 1959 selbst als Kirche etabliert und suchte in Deutschland nun als Gegenüber auch die verfasste Kirche und nicht nur einen Verein. So wurde neben der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auch die EKBB (Evangelische Kirche Berlin Brandenburg, heute EKBO) Partnerkirche der ELCJ, heute ELCJHL (Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land). Vor einigen Jahren ist eine dritte landeskirchliche Partnerschaft für die kleine ELCJHL dazugekommen: mit der Nordelbischen-Lutherischen Kirche (heute Nordkirche). Schließlich entwickelte sich über den Lutherischen Weltbund auch eine besondere Beziehung zur gesamten Lutherischen Kirche in Deutschland.

Hat sich die Verbindung von Jerusalemsverein und Berliner Missionswerk bewährt? Dies lässt sich mit einem klaren „Ja“ beantworten, denn die Zusammenarbeit und die Gemeinschaft mit der arabischen Partnerkirche kann von einem Haus besser abgestimmt werden als durch eine Vielzahl von Trägern. Das Verhältnis zwischen Berliner Missionswerk und Jerusalemsverein ist durch die Zeiten unterschiedlich gut gewesen. Wie in jeder Beziehung kommt es gelegentlich

zu Irritationen, die aber produktiv gelöst werden. Wir können heute, nach einer Generation, sagen: Bei guter Kooperation und kompetentem Personal haben wir mit dem Vertrag der Zusammenarbeit eine sehr gute Voraussetzung, die vorhandenen begrenzten Mittel optimal dafür einzusetzen, dass das Evangelium mit dem besonderen reformatorischen Akzent in Palästina in Wort und Tat verkündigt werden kann. So hat sich der Jerusalemsverein nicht als ein „Erblasser" gezeigt, denn er ist nach wie vor selbst sehr lebendig. Manchmal lässt sich nur in einer besonderen Verbindung erreichen, was man alleine nicht bewältigen könnte. Der Jerusalemsverein und das Berliner Missionswerk wissen, was sie aneinander haben.

Seite an Seite

40 Jahre erfolgreiche Kooperation

Von **Roland Herpich,** Direktor des Berliner Missionswerks

Das Jahresfest des Jerusalemsvereins ist seit Jahrzehnten eine feste Größe in der Gemeinschaft zwischen den evangelischen Christen im deutschsprachigen Raum und im Heiligen Land. Die festlichen Gottesdienste am Sonntag Estomihi in einer der zentralen Kirchen Berlins und die gut besuchten festlichen Veranstaltungen sind eindrücklicher Beweis für diese Gemeinschaft. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus ganz Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Auch aus dem Heiligen Land kommen regelmäßig Mitwirkende und Gäste. Sie lassen uns am Leben in ihren Gemeinden und Schulen teilhaben, an der konfliktreichen Situation in ihrer Heimat und an Herausforderungen und Hoffnungen. In der Gemeinschaft nehmen wir gegenseitig Anteil daran, was uns bewegt. Wir bemühen uns, Perspektiven zu stärken und Beiträge zur Besserung der Situation im Heiligen Land zu leisten.

Der Jerusalemsverein ist seit 1975 einer der Träger des Berliner Missionswerkes. Dieses führt seine Geschäfte. Der Nahostreferent des Berliner Missionswerks ist zugleich mit der Geschäftsführung des Jerusalemsvereins betraut und wird darin von allen Mitarbeitenden des Nahostreferats und vom Berliner Missionswerk insgesamt unterstützt. Dieses Zusammenwirken hat sich aus Sicht des Berliner Missionswerkes und seiner Trägerkirchen sehr gut bewährt und kommt beiden Seiten zugute. Die Zusammenarbeit mit den Christen im Heiligen Land und mit den evangelischen Schulen, das Engagement für das Schulzentrum Talitha Kumi, die Herausgabe des Magazins „Im Lande der Bibel" und die alljährliche Entsendung junger Freiwilliger sind dafür deutliche Beispiele.

Heute wirken im Berliner Missionswerk die Landeskirchliche Ökumene und die von freien Vereinen und ihren Mitgliedern getragene weltmissionarische Zusammenarbeit in Afrika, im Nahen Osten und Ostasien unter einem Dach zusammen. Sie haben viele Gemeinsamkeiten und

ergänzen sich in guter Weise. So kommen die jeweiligen Stärken zum Zuge, und die unterschiedlichen Möglichkeiten werden sinnvoll miteinander verbunden.

Der Jerusalemsverein bildet ein Netzwerk der am Heiligen Land interessierten evangelischen Christen im deutschsprachigen Raum und stärkt damit das protestantische Wirken im Heiligen Land. Das Berliner Missionswerk leistet seinen Beitrag mit der Partnerschaft zur Evangelisch Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land und durch die Trägerschaft von Talitha Kumi, dem Schulzentrum für fast eintausend Heranwachsende.

Das Berliner Missionswerk feiert in diesem Jahr sein 190-jähriges Bestehen und zugleich die 40-jährige Kooperation mit dem Jerusalemsverein - zwei Jubiläen, die wir mit großer Freude begehen und die uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken lassen.

Vertrauensleute des Jerusalemsvereins

Auskünfte über unsere Arbeit bekommen Sie in den Landeskirchen

Anhalt

Pfr. Hans-Justus Strümpfel
Parkstr. 8
06846 Dessau-Rosslau
Fon: 0340 - 221 29 40
struempfel.dessau@googlemail.com

Baden

Pfr. W. E. Miethke, StR
Oscar-Grether-Str. 10c
79539 Lörrach
Fon: 07621 – 162 28 62
miethke@ksloe.de

Bayern

Pfr. Hans-Jürgen Krödel
Langonerstr. 8,
82377 Penzberg,
Fon. 08856 - 804 89 90
hans-juergen.kroedel@gmx.net

Pfr. Ernst Schwemmer
Ölbergstr. 5,
93449 Waldmünchen
ernstschwemmer@web.de

Berlin-Brandenburg:

Pfn. Christiane Jenner-Heimbucher
Ringstr. 36, 12205 Berlin
Fon: 030 - 84 31 16 81
cjenner@t-online.de

Braunschweig:

Propst Matthias Blümel
An der Propstei 2, 38448 Wolfsburg
Fon: 05363 - 730 64
Matthias.Bluemel@Propstei-Vorsfelde.de

Hessen-Nassau

Pfr. Matthias Kraft
Badweg 3
65307 Bad Schwalbach
Fon: 06124 727 53 57
matthias.m.kraft@web.de

Pfr. Thomas Sinning
Tucholskystraße 92
60598 Frankfurt
Fon: 069 68 58 25
sinningfrankfurt@aol.com

Hannover

Pfr. Gerd Brockhaus
Große Pranke 13,
30419 Hannover
Fon 0511 – 64 22 14 20
Brockhaus@marienwerder.de

Pfr. Dr. Frank Foerster
Kurt-Schumacher-Allee 25
30851 Langenhagen
Fon: 0511 - 679 14 304
Mail: frank.foerster@evlka.de

Pastor Michael Wabbel
Kirchenstraße 4
21244 Buchholz
Tel.: 04181 – 216 88 22
MuSWabbel@t-online.de

Mitteldeutschland

Stephen Gerhard Stehli
Hegelstr. 36,II
39104 Magdeburg
Fon: 0391 – 567 76 50 (d)
Fon: 01520 – 159 31 68 (p)
sg.stehli@web.de

Nordkirche

Pastor Andreas Schulz-Schönfeld
Olandstraße 17, 25821 Bredstedt
Fon: 04671 – 91 12 29 (d)
schuschoe@gmx.de

Pfalz/Saar:

Pfr. Jörg Schreiner
Im Winkel 14
67273 Weisenheim am Berg
Fon: 06353 – 12 57
schreiner.weisenheim@gmx.de

Dr. Wolfgang Wittrock
Am Harzhübel 120
67663 Kaiserslautern
Fon: 0631 – 132 48
ute.wolfgang.wittrock@t-online.de

Rheinland:

OStR i.R. Dr. Ulrich Daske
Im Aggersiefen 13
51645 Gummersbach
Fon/Fax: 02261 - 762 00
Drdaske@t-online.de

Pfn. Dr. Beate Sträter
Kaiser-Karl-Ring 25,
53111 Bonn
Fon: 0228-670522
be.straeter@gmx.de

Sachsen

Pfr. Frank Meinel
St. Wolfgangskirche
Martin-Planer-Weg 4
08289 Schneeberg
Fon: 03772-38 15 01
pfarrer-fmeinel@t-online.de

Westfalen:

Pfr. Dietrich Fricke
Müntestr. 13
33397 Rietberg
Fon: 05244 – 98 19 53
d.fricke@evkirche-rietberg.de

Pfr. Eberhard Helling
Lessingstrasse 7
32312 Lübbecke
Fon: 05741 - 52 55
eberhard.helling@gmx.de

Pfn. Annegret Mayr
Giersbergstraße 30
57072 Siegen
Fon: 0271 – 511 21
as.mayr@kk-si.de

Württemberg:

Diakon Christian Schick
Silberburgstr. 26
70176 Stuttgart
Fon: 0711 – 63 03 53
christianf.schick@t-online.de

Pfr. Dr. Jörg Schneider
Jürgensenstraße 32
72074 Tübingen
Fon: 07071 - 920 87 63
jg-schneider@t-online.de

Österreich:

Landessuperintendent
Pfr. Thomas Hennefeld
Schweglerstr. 39
A-1150 Wien
Fon: 0043 – 699 18 87 70 56
t.hennefeld@evang.at

Impressum
Im Lande der Bibel ist eine Zeitschrift zur Information über evangelische Arbeit im Nahen Osten für die Mitglieder des Jerusalemsvereins und Freunde und Förderer der Arbeit und erscheint dreimal jährlich.

Vorsitzender des Jerusalemsvereins: Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit

Herausgeber:
Berliner Missionswerk der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg schlesische Oberlausitz im Zusammenwirken mit dem Jerusalemsverein

Georgenkirchstr. 69/70, D - 10249 Berlin
www.berliner-missionswerk.de
www.jerusalemsverein.de

Mitglieder des Redaktionsausschusses:
Dr. Hans-Jürgen Abromeit, Matthias Blümel, Jens Nieper
Redaktion: Jens Nieper, Susanne Voellmann, Jutta Klimmt, V.i.S.d.P.: Direktor Roland Herpich

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Bildnachweis:
Eva und Achille Abboud 1, 3, 4, 6, 10, 15, 16 (alle ©); Hanna Khoury 8, 9 , 11; Propstei Jerusalem 12, 36; Henrik Weinhold 17, 25, 30, 31, 32; Wisam Zureik 18, 21, 22, 23; Archiv Berliner Missionswerk 27; 37,37, 47; Beate Sträter 30; ELCJHL 36, 38/39; Weykam 40/41, 46; Susanne Hefekäuser 42-45

Layout: Jana Müller-Heuser

Konto des Jerusalemsvereins im Berliner Missionswerk
EDG Kiel, BLZ 210 602 37, KTO 777 820,
BIC: GENODEF1EDG, IBAN: DE35 2106 0237 0000 77 820

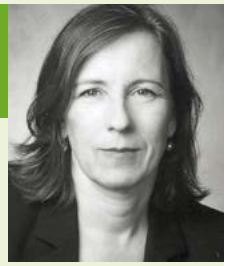
Geschäftsstelle des Jerusalemsvereins im Berliner Missionswerk

Georgenkirchstr. 69/70,
D- 10249 Berlin
Fon: 030 - 243 44 -192 / -195 / -196
Fax: 030 - 243 44 124
nahost-jv@berliner-missionswerk.de
www.jerusalemsverein.de

FSC
www.fsc.org
100%
Papier aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern
FSC® C075521

Neue Vertrauensfrau im Rheinland

Beate Sträter



Pastorin Dr. Beate Sträter Jahrgang 1961, ist als Schulreferentin in Bonn tätig. In dieser Funktion ist sie für die Fort- und Weiterbildung von Religionslehrerinnen und -lehrern in dieser Region zuständig. Sie ist promovierte Sozialwissenschaftlerin (u.a. bzgl. des politischen Islam) und Diplom-Politologin mit dem Schwerpunkt der Politik des Vorderen Orients. Seit dem Studium waren ihr das christlich-muslimische und das christlich-jüdische Gespräch besondere Anliegen. Beide Perspektiven konnte sie in ihrer beruflichen Laufbahn vertiefen: u.a. lebte sie ein Jahr in Kairo, war als Mitarbeiterin für zwei Bundestagsabgeordnete im Bereich Nahostpolitik und Menschenrechte tätig und diente im Sonderdienst dem christlich-muslimischen Dialog in der Voreifel.

In der Evangelischen Kirche im Rheinland ist Dr. Sträter derzeit Vorsitzende des landeskirchlichen Arbeitskreises Christen-Muslime. Ebenfalls ist sie seit Jahren in den landeskirchlichen Ausschuss Christen-Juden entsandt. „Mir ist es besonders wichtig, beide Perspektiven in einen konstruktiven Dialog zu bringen. Dabei sind mir die Schwierigkeiten, die hiermit aufgrund der politischen Situation verbunden sind, durchaus bewusst."

Der Jerusalemsverein feierte

162. Jahresfest – Eine Nachlese

Das Jahresfest ist einer der Höhepunkte des Jahres für den Jerusalemsverein sowie für das Berliner Missionswerk. Das Fest umfasst nicht nur den Fest-Sonntag, sondern beginnt für die Gremien bereits am Freitag und endet mit Beratungen am Montag. Das Treffen der Vertrauensleute, die Mitgliederversammlung, die Vorstandssitzung und nicht zuletzt der öffentliche Teil, die Festivitäten am Sonntag Estomihi …all das wird in den Monaten vor dem Jahresfest vorbereitet.

In diesem Jahr bereicherten gleich fünf Freunde und Partner aus dem Heiligen Land das Jahresfest: der melkitische Erzbischof von Galiläa, Elias Chacour, zwei Pfarrer der ELCJHL, Imad Haddad aus Ramallah und Ibrahim Azar aus Jerusalem, Rolf Lindemann, Direktor Talitha Kumis, und der Jerusalemer Propst Wolfgang Schmidt.

Der Vorstand des Jerusalemsvereins arbeitete auf seiner Samstagssitzung eine lange Tagesordnung ab. Er griff dabei viele Impulse auf, die zuvor die Vertrauensleute für die zukünftige Vereinstätigkeit erarbeitet hatten. Er berief Dr. Beate Sträter zur neuen Vertrauensfrau im Rheinland (siehe S. 30). Künftig werden Kirchenpräsident Joachim Liebig (Anhalt) und die Direktorin des Dresdener Kreuzgymnasiums, Gabriele Füllkrug, den Vorstand ergänzen.

Der Vorstand beschloss auch, den **Mindestmitgliedsbeitrag zum 1. Juli 2014 auf 30 € im Jahr zu erhöhen.** Es handelt sich um die erste Anhebung seit Einführung des Euro. Der Vorstand ermutigt in diesem Zusammenhang die Vereinsmitglieder, durch ein Lastschriftverfahren die Beitragszahlung abzusichern. Mitglieder, deren Beitrag noch aussteht, werden in nächster Zeit eine Erinnerung erhalten. Die Mitgliedsbeiträge finanzieren die Inlandsarbeit des Jerusalemsvereins. Während die Spenden für die Gemeinde- und Schularbeit ohne Abzug von Verwaltungskosten im Heiligen Land eingesetzt werden, werden durch die Mitgliedsbeiträge das Jahresfest, Broschüren und Vorträge über die Nahostarbeit, und Aktivitäten der Vertrauensleute in den Regionen finanziert. **Beachten Sie bitte in diesem Zusammenhang auch den Beihefter in der Mitte des Hefts. Werden Sie Mitglied oder empfehlen Sie uns weiter!**

Impressionen vom Jahresfest.

Festlicher Gottesdienst in der Berliner St. Marienkirche.

Das Jahresfest am Sonntag Estomihi begann mit einem festlichen Gottesdienst in der Marienkirche in Berlins Mitte. Metropolit Cha-

cour hielt die Predigt. Der Berliner Bischof Dr. Markus Dröge, der Kirchenpräsident von Anhalt, Joachim Liebig und der Vorsitzende des Jerusalemsvereins, Bischof Hans-Jürgen Abromeit, wirkten ebenfalls im Gottesdienst mit. Der Festnachmittag fand dann in der Heilig-Kreuz-Kirche in Kreuzberg statt. Unter dem Motto „Und dennoch sind wir Bürger" wurde aus verschiedenen Perspektiven über die Lage der Christen im Staat Israel berichtet. Darüber hinaus richtete die Botschafterin Palästinas in Deutschland, Dr. Khouloud Daibes, einen Gruß an die fast 300 Versammelten.

Da 2013 auch „40 Jahre Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk" gefeiert werden, gab es dazu eine kleine „Talkrunde": „Was ist das Ergebnis der Fusion eines Löwen und einer Gazelle? Der Löwe ist satt und die Gazelle verschwunden." Mit dieser sehr eindrücklichen bildhaften Anmerkung erinnerte Pfr. Dr. Christoph Rhein, ehemaliger Vorsitzender des Jerusalemsvereins, an die Ängste, die Anfang der 70er Jahre im Verein herrschten. Damals ging es um die Frage, ob der traditionsreiche Jerusalemsverein sich in das nicht weniger geschichtsträchtige Berliner Missionswerk integriert. Rhein, der selbst seine Kindheit in Jerusalem verbrachte, rief die Fragen in Erinnerung, die vor 40 Jahren bestanden: Würde das Heilige Land in einem Werk, dessen Wirkungsbereich in Afrika und Fernost lag, genügend Aufmerksamkeit erlangen? Würde das Missionswerk das geeignete Gegenüber für die noch junge palästinensische Partnerkirche sein, die nicht weiter nur mit einem Verein kooperieren wollte? Der Direktor des Berliner Missionswerkes, Roland Herpich, schloss daran an: Heute hat der Nahostbereich im Berliner Missionswerk ein deutliches Gewicht – nicht zuletzt auch durch die Trägerschaft des Schulzentrums Talitha Kumi. Manchmal werde inzwischen gefragt, ob die Nahostarbeit nicht zum „Löwen" geworden sei und das restliche Missionswerk zur „Gazelle" zu werden drohe. Darüber hinaus verwiesen Herpich wie auch Abromeit auf die Möglichkeit, durch die Vertrauensleute des Jerusalemsvereins deutschlandweit die Nahostarbeit verwurzeln zu können, und im Gegenzug durch die Freiwilligen, die mit dem Werk einen Auslandsdienst absolvieren, dem Verein Anknüpfungspunkte bei der jüngeren Generation zu bieten.

Insgesamt gab es am ersten Märzwochenende viele Begegnungen von Menschen, denen die evangelische Arbeit im Heiligen Land am Herzen liegt, so manches herzliche Wiedersehen und den Austausch hilfreicher Informationen. Wir freuen uns darauf, wenn Sie 2015 mit dabei sein können!

Martin Tamcke: „Erst das Leben muss des Lebens Wert zeigen" – Der Syro-Iraner Lazarus Jaure und die Deutschen, Verlag Hans Schiler, 2013, 164 Seiten, 16,80€

Warum interessiert uns, dass es vor rund hundert Jahren eine lutherisch geprägte, mit presbyterianischen Parallelbemühungen konkurrierende und erfolglos gebliebene Reformbewegung in der assyrischen Kirche in Persien gab? Es klingt nach einem abseitigen Thema, interessant vielleicht für eine Randnotiz in einer konfessionskundlichen Abhandlung oder für eine Reminiszenz in einer Veröffentlichung der damals involvierten Hermannsburger Mission.

Der Theologe Martin Tamcke, engagierter Ökumeniker und aktuell wohl einer der besten Kenner des christlichen Orients, beschäftigt sich am Beispiel des 1902 nach Deutschland gekommenen „Nestorianers" Lazarus Jaure mit der Frage, was sich bei Menschen, die aus einer fremden Kultur in die unsere kommen, verändert bzw. welche Differenzen bleiben bzw. bleiben können, ja, bleiben müssen. Zugleich geht er dabei der Frage nach, was eigentlich mit unserer Identität geschieht, wenn wir mit fremder Kultur unter uns umgehen wollen und umgehen müssen. Tamcke bewegt dies vor dem Hintergrund des Kontaktes zu zahlreichen Studierenden und akademischen Partnern aus aller Welt und damit aus verschiedensten Kulturen.

Zunächst erscheint das Beispiel aus der Vergangenheit, dass sich mit einem Vertreter einer äußerst exotisch erscheinenden Gruppe beschäftigt, recht befremdlich. Im Laufe der Lektüre wird jedoch deutlich, dass sich die Rahmenbedingungen seit den Jahren vor den beiden Weltkriegen zwar verändert haben, so manche Grundkonstellation aber weiterlebt. An diesem Punkt lassen sich die obigen Fragestellungen dann auch u.a. auf junge Palästinenser/innen übertragen, die sich entweder derzeit in Deutschland fortbilden, oder die vor Jahren in Deutschland eine Ausbildung erfuhren und nun ihr Wissen und ihre Erfahrungen in ihrer Heimat anbringen wollen. Der deutschen Seite stellt sich dabei die Frage, ob wir ausreichend die Spannungen wahrnehmen, mit denen diese Menschen, die für uns Freunde und Partner sind, sowohl in Deutschland wie im Orient zurechtkommen müssen.

Nach den anfänglichen Denkanstößen Tamckes und dem „Nachgehen" des Beispiels Jaures (bei dem sich fragen ließe, ob dem Verhalten dieses Mannes stellenweise etwas kritischer zu begegnen sei) wäre ein Kapitel, das den Leser wieder bei der „Übersetzung" des Einzelschicksals in heutige Herausforderungen begleitet, daher eine sinnvolle Ergänzung. Dort könnte dann auch reflektiert werden, welche Beobachtungen einem Einzelschicksal zuzurechnen sind und welche tatsächlich übertragbar sein könnten. Aber auch ohne dies enthält dieses Buch Denkanstöße für die weitere interkulturelle Arbeit. (*Jens Nieper; Geschäftsführer des Jerusalemsvereins)*

Peter Bingel und Winfried Belz: ISRAEL KONTROVERS. Eine theologisch-politische Standortbestimmung. Zürich, Rotpunktverlag 2013, 12,- €

In der deutschen evangelischen Kirche scheint das Thema „Israel" wieder virulent zu werden. Die heftigen Diskussionen, die durch die Veröffentlichung des KAIROS PALÄSTINA-Dokuments der palästinensischen Christenheit (2009) sowie durch einen theologischen Artikel von Jochen Vollmer im Deutschen Pfarrerblatt (2011) ausgelöst wurden, machten dies deutlich. In dieser Situation scheint das Angebot einer „theologisch-politischen Standortbestimmung" angezeigt, das der Untertitel dieses kleinen Büchleins verspricht. Dem Desiderat der Autoren im Schlusskapitel ist vorbehaltlos zuzustimmen: „Wir brauchen eine Entmystifizierung, eine Entmythologisierung, eine Entideologisierung, kurz: eine Entzauberung sowohl des Begriffs Israel wie der Realität Israel." (S. 165).

Das Buch möchte dazu seinen Beitrag in zwei Argumentationssträngen leisten: Zum einen gibt es einen Überblick über die Wandlungen des Judentums im Lauf der Geschichte – von der davidisch-salomonischen Gründungsphase bis hin zur zionistischen Besiedelung Palästinas und deren Fortsetzung durch israelische Siedler im Westjordanland (Kap. 1-7). Sodann gibt es einen Überblick über die unterschiedlichen religiösen Israel-Deutungen in verschiedenen Richtungen von Judentum und Christentum heute (Kap. 8-12).

Im ersten Argumentationsstrang wird die Linie ausgeführt von einem „ersten" Judentum der hebräischen Bibel als „Einheit von Volksgemeinschaft/Ethnie und Religionsgemeinschaft" mit dem „Zentrum Palästina" über das „zweite Judentum" der Diaspora als „Einheit von Volksgemeinschaft und Religionsgemeinschaft ohne politischen und kultischen Mittelpunkt in Palästina" bis zum „dritten" Judentum des Zionismus, in dem eine „Trennung von Volks- und Religionsgemeinschaft" vorherrschte und das sich ein neues politisches Zentrum in Palästina schuf, aus dem der Staat Israel wurde. Religiöse Überhöhungen des gegenwärtigen Staates Israel müssen demnach als Mystifizierungen und Ideologisierungen entlarvt werden, die einen Deckmantel über Landraub und Unterdrückung der arabischen Bevölkerung in Palästina legen.

So sehr der missbräuchlichen Instrumentalisierung religiöser Deutungen und Gefühle im Kontext des politischen Handelns des Staates Israel zu widersprechen ist – dabei ist den Autoren vorbehaltlos zuzustimmen – so sehr kann man doch die Anfrage stellen, ob mit der Scheidung von Ethnie und Religion nicht doch eine verkürzende Polarität suggeriert wird (was übrigens der in der Einleitung und im Schlussteil aufgezeigten vielschichtigen Komplexität selbst widerspricht). Zwiespältig erscheinen auch die theologischen Kapitel, insbesondere das 9. Kapitel, das dem „Israel in der evangelischen Theologie der Gegenwart" gewidmet ist. Befremdlich ist, dass hier allzu pauschal von einer „Nach-Auschwitz-Theologie" die Rede ist, die quasi monolithisch davon bestimmt sei, „die Unterschiede zwischen dem Judentum und dem christlichem Glauben generell weitgehend einzuebnen" (S. 94). Soll dies wirklich alle Vertreter einer theologischen Neubesinnung auf dem Hintergrund der Shoa betreffen – etwa Jürgen Moltmann und Dorothee Sölle? Einer der Initiatoren einer solchen Neubesinnung, der katholische Theologe Johann Baptist Metz, wird demgegenüber sehr positiv kommentiert (S. 129), wie überhaupt das parallele Kapitel 10 über die Aussagen der katholischen Kirche zu Israel sehr viel differenzierter ausgefallen ist.

Was hier unter dem Pauschal-Etikett „Nach-Auschwitz-Theologie" kritisiert wird, betrifft wohl tendenziell eine spezifische Richtung der „Israel-Theologie", die sich von einem – wie auch immer virtuellen – „christlich-jüdischen Dialog" herleitet und besonders in kirchlichen Verlautbarungen und Verfassungsbeschlüssen ihren Niederschlag gefunden hat. Hier wäre tatsächlich eine seriöse kritische Diskussion dringend an der Zeit; dazu müsste man Aussagen führender „Israel-Theologen" konkret belegen und diskutieren; auch die breiten synodalen Diskussionen in den einzelnen Landeskirchen wären differenziert zu hinterfragen. Aber jegliche religiöse oder theologische Bezugnahme auf das konkrete Israel heute für obsolet zu erklären, dürfte der von den Autoren immer wieder betonten Komplexität in Bezug auf „Israel" auch nicht angemessen sein.

Trotz dieser Bedenken ist der Intention zuzustimmen, dass die Anerkennung christlicher Mitschuld an der Shoa und die Bemühung um eine Überwindung antijudaistischer Muster in Theologie und Kirche nicht dazu führen darf, jegliche nicht nur politisch-pragmatisch, sondern auch theologisch-ethisch notwendige Kritik an der israelischen Besatzungs- und Unterdrückungspolitik gegenüber den Palästinensern zu tabuisieren. Wenn damit eine breitere, differenziertere, theologisch wie politisch orientierende sowie solidarisches Handeln fördernde Beschäftigung mit „Israel kontrovers" vorangebracht würde, hätte sich das Büchlein doch gelohnt. *(Dr. Wolfgang Wittrock, Vorstandsmitglied des Jerusalemsvereins)*

Drei kleine Lektüre-Hinweise für die Oster-Feiertage:

Karl-Heinz Ronecker: Liedpredigten. Von Advent bis in die österliche Zeit. Mit Geleitwort von Wolfgang Huber. Radius-Verlag, Stuttgart 2013, 128 Seiten, 15 € (Rezension folgt in der nächsten Ausgabe)

Wenn ein Glied leidet – leiden alle Glieder mit? Eine Argumentationshilfe zur Auseinandersetzung um das KAIROS-PALÄSTINA-Dokument. Reihe Kleine Texte 59, Hrsg. Rainer Zimmer-Winkel. Aphorisma-Verlag, Berlin 2013, 90 Seiten, 5 €

Israel & Palästina. Zeitschrift für Dialog, hrsg. v. diAk Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., Ausgabe II/2013: **Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel,** Aphorisma-Verlag, Berlin, 78 Seiten, 10 €

Osteraktion - Olivenöl vom Ölberg

Das Talitha Kumi Olivenöl vom Ölberg (Mindesthaltbarkeitsdatum 02/2015) gibt es nun zum Aktionspreis von 6,90 € für die 250ml- und 15,90 € für die 750ml- Flasche zuzüglich Versandkosten. Der Erlös kommt direkt Talitha Kumi zugute. Bestellungen per Post: Pal-Olive, Elektronstr. 2, 65933 Frankfurt am Main, per E-Mail an bestellung@PalOlive.de, oder per Fax: 069 97 78 76 74. **www.palolive.de**

Friedhofsschändungen

In den vergangenen Monaten kam es auf dem protestantischen Zionsfriedhof in Jerusalem immer wieder zu Schändungen und Zerstörungen, wie Propst Wolfgang Schmidt beim Jahresfest berichtete. Die Angriffe richteten sich überwiegend direkt auf die Kreuze. Die Polizei ermittelt u.a. in Richtung einer nahegelegenen Yeshiva, die dem Siedlermilieu nahesteht. Israelische Einrichtungen und Einzelpersonen zeigten ihre Solidarität mit der Kirche und äußerten tiefes Bedauern über die Taten.

Wechsel im Patenschaftsprogramm

Rania Salsaa, die langjährige Zuständige für das Patenschaftsprogramm in Talitha Kumi, hat ihre Tätigkeit als Lehrerin in Talitha Kumi beendet und arbeitet nun im Dar Annadwa Zentrum in Bethlehem. Sie wird das Patenschaftsprogramm noch bis Sommer 2014 betreuen und ihren Nachfolger Yousef Toushyeh einarbeiten. (Mehr dazu im nächsten Heft.)

Neue Sporthalle in Bethlehem

Am 2. März 2014 wurde die neue Sporthalle des Dar al Kalima Sportzentrums in Bethlehem eröffnet. Die sechsmalige kanadische Olympiasiegerin im Langstrecken-Eisschnelllauf Cindy Klassen weihte die 1.300 Quadratmeter große Halle ein, die vornehmlich für sportliche Aktivitäten von Frauen zur Verfügung stehen soll. Der Bethlehemer Pfarrer Mitri Raheb wies aus diesem Anlass stolz darauf hin, dass die ersten drei Kapitäninnen der palästinensischen Frauen-Fußballnationalmannschaft zur „Diyar-Familie“ gehören.

♥ Die Gute Tat ♥ Die Gute Tat ♥ Die Gute Tat ♥

Dessauer Rotarier unterstützen Talitha Kumi

Der Rotary-Club Dessau fördert – in Zusammenarbeit mit dem Distrikt 1800 von Rotary International – das Schulzentrum Talitha Kumi mit 10.000 Euro. Zusätzlich widmeten die Rotarier die Hälfte des Tombola-Erlöses des ersten Dessauer Opernballs Talitha Kumi. Roland Herpich, der Direktor des Berliner Missionswerks, bedankte sich auf dem Fest persönlich für die Spende: „Dieses erste internationale Projekt zeigt zugleich den großen Beitrag, den die Dessauer Rotarier zur Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Anhalt leisten.“ Für Ende 2014 ist eine Reise des Dessauer Clubs nach Talitha Kumi geplant; dazu wird es Kontakt mit dem Rotary-Club Bethlehem geben.

EKD zu Gast im Heiligen Land

Im Dezember 2013 reiste der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) ins Heilige Land. Die Delegation stattete auch Talitha Kumi einen Besuch ab. „Wir freuen uns sehr, dass der Rat mit dem Besuch Talitha Kumis die Friedensarbeit unseres Werkes würdigt“, so Direktor Roland Herpich, der die Delegation gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Missionsrates, Kirchenpräsident Joachim Liebig, sowie mit Nahostreferent Jens Nieper empfangen hatte. „Das Engagement des Berliner Missionswerkes für Toleranz und Frieden im Heiligen Land kann man gar nicht hoch genug bewerten“, betonte Liebig. „Das Werk leistet ungemein wichtige Arbeit, damit künftige Generationen in Palästina in Würde werden leben können.“

Es geschah in Bethanien...

Einweihung der Lutherischen Kirche an historischer Taufstätte Jesu

Von **Oberkirchenrätin Barbara Rudolph,** Evangelische Kirche im Rheinland

Bethanien liegt jenseits des Jordan im heutigen Jordanien und ist Weltkulturerbe. Dort hat Johannes nach dem Zeugnis der Bibel getauft. Am Ufer des Jordans hat Abdullah II, der König von Jordanien, den christlichen Kirchen seines Landes jeweils ein Grundstück zur Verfügung gestellt, um dort eine Kirche zu errichten. Auch die Evangelisch-Lutherische Kirche Jordaniens und des Heiligen Landes (ELCJHL) erhielt ein Grundstück und lud für den 6. Januar 2014 zur Eröffnung der Kirche nach Bethanien ein. Der muslimische König Jordaniens legt Wert auf ein gutes interreligiöses Miteinander in seinem Land, er fördert Muslime und Christen. Jordanien, umgeben von Ländern mit Unzufriedenheit, Unruhe und Bürgerkrieg, ist friedlich.

Neben Oberkirchenrat Martin Pühn (EKD) und mir als Vertretung der Evangelischen Kirche im Rheinland waren viele weitere internationale Gäste bei den Feierlichkeiten vertreten, nicht zuletzt Alex Malasousa, der Leitende Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Tansania. Neben den kirchlichen Vertretern war auch der Templerorden mit verschiedenen Ländervertretungen gekommen. Der Orden ermöglichte einen Kredit, der den Bau des Kirchengebäudes gestattete und spendete Orgel, Glocken und weitere Ausrüstungsgegenstände der Kirche.

Auf dem Vorplatz der neuen Kirche auf einer Anhöhe am Jordantal empfingen am Epiphaniastag laute Dudelsackmelodien die Besucher. Sie stammten von der Pfadfindertruppe der Schule Talitha Kumi aus Beit Jala. Mit ihnen und Bischof Younan waren alle Pfarrer der ELCJHL nach Bethanien gekommen. Der Gottesdienst erinnerte sehr an einen deutschen Gottesdienst und war doch in der orientalisch anmutenden Kirche mit den ökumenischen Gästen aus aller Welt und Jordaniens ganz und gar eingebettet in die Landschaft, in der der Täufer Johannes gewirkt hat.

Als am Ende des Gottesdienstes die Jalousien der beiden Panoramafenster im Altarraum geöffnet wurden, wurde der Blick auf die karge, wunderschöne Landschaft des Jordantales frei. „Die Apsis der Kirche ist nicht, wie üblich, nach Osten ausgerichtet", erläuterte Bischof Younan. „Denn von hier, von Bethanien jenseits des Jordans, liegt Jerusalem im Westen." Die Kirche liegt etwas oberhalb des Tals. Auf dem Weg hinunter ins Tal suchen die Augen vergeblich nach dem Jordan. Der Fluss ist ein braunes schmales Flüsschen (oder besser ein breiterer Bach) geworden, den man erst entdeckt, wenn man unmittelbar davor steht.

Weiter Blick in die Umgebung.

Der schön gestaltete Innenraum.

Zuvor waren die Räumlichkeiten in einem feierlichen Ritual ihrer Bestimmung übergeben worden. Der Architekt Nabil Qsous überreichte den Schlüssel der Kirche, danach wurden Altar, Kanzel, Taufbecken, Orgel, Glocken und Abendmahlsgeschirr mit Schriftlesung und Gebet in Dienst genommen. Es wirkten viele der ökumenischen Gäste mit und nahmen die internationale Pilgerschar, die in Zukunft die Kirche besuchen wird, vorweg.

Nach dem Gottesdienst wurde dem Pfarrerehepaar Kerstin und Rolf Pearson der Schlüssel der Kirche offiziell überreicht. Geplant ist, dass sie das kleine Pfarrhaus neben der Kirche beziehen, um in Bethanien tätig zu sein. Die alte Pilgerroute vom Nebo im Osten, über Bethanien am Jordan bis zu Jerusalem soll durch die neu errichtete Pilgerstätte wieder belebt werden.

Am Abend waren die Gäste in Amman, der einzigen Gemeinde der ELCJHL in Jordanien, zu Gast. In den Grußworten wurde deutlich, wie international die ELCJHL eingebunden ist und wie schwer es trotz alledem gefallen ist, in dieser kleinen Kirche ein solch großes Projekt zu verwirklichen.

Nun soll die Kirche im Jordantal in Dienst genommen werden und sich mit Leben füllen. Eine Frage nur blieb mir: wie es den Geistlichen auf dem Gelände am Jordan gelingen wird, die Taufe als Band der Einheit in den vielen konfessionell ausgerichteten Kirchen darzustellen. Diese ökumenische Aufgabe liegt noch vor ihnen. Neben anderen touristischen Attraktionen im friedlichen Jordanien lohnt nun ein Abstecher zu dieser neuen Kirche in Bethanien jenseits des Jordans.

Wiedersehen in Ramallah

Schulpartnerschaft Gütersloh - Ramallah II

Im Januar 2014 fand in Ramallah die zweite Begegnung von Schüler/innen der Anne-Frank-Schule aus Gütersloh mit Schüler/innen der Evangelical-Lutheran School of Hope aus Ramallah statt (siehe auch Ausgabe 3/2013). Die gemeinsame Arbeit an dem thematischen Schwerpunkt: „Deutschland, Israel & Palästina - Biografien im NahOst-Konflikt" wurde fortgesetzt.

Die ersten zehn Tage der Fahrt verbrachten die zwölf deutschen Schülerinnen und Schüler in Familien. Zum Konzept der Schul-Partnerschaft gehört ganz zentral die gegenseitige Unterbringung in Gastfamilien: Hier lernen die Schüler viel über die für sie fremde Kultur und das Alltagsleben der Menschen. So konnte eine deutsche Schülerin mit ihrer Gastgeberin die tägliche Fahrt zur Schule über einen israelischen Checkpoint am eigenen Leibe erleben, mit den damit verbundenen mulmigen Gefühlen trotz der insgesamt ruhigen Gesamtlage während der Fahrt. Alle Bedenken vor der Familienunterbringung wichen schnell angesichts der palästinensischen Gastfreundschaft. „Die Familien gaben uns sofort das Gefühl, dass wir ein Familienmitglied sind, dass wir dazugehören und willkommen sind. Ich habe jetzt das Gefühl, eine weitere Familie im Herzen zu haben, zu der ich immer wieder zurückkommen könnte und vielleicht auch werde", schreibt eine deutsche Schülerin. Eine palästinensische Schülerin drückt es so aus: „Ich bin so dankbar, jemanden zu haben, der wie eine Schwester für mich geworden ist – bisher hatte ich nur einen Bruder. Ich hoffe, wir können uns wieder sehen."

Zum inhaltlichen Programm gehörte u.a. eine Exkursion auf den Weinberg der Familie Nassar (www.tentofnations.org). Familie Nassar ist eine der wenigen in den besetzten palästinensischen Gebieten, die sich bisher erfolgreich juristisch gegen die Enteignung ihres Landes durch israelische Siedler wehren kann. Dass dies nur mit internationaler Unterstützung und unter ständigen Übergriffen der Siedler möglich ist, davon konnten sich die deutschen und palästinensischen Schüler bei der Führung durch Daher Nassar überzeugen: „Unserer Familie wird die Versorgung mit Strom verwehrt und die Errichtung von Gebäuden ist von den Militärbehörden untersagt." Mit Hilfe der „Grünhelme" von Rupert Neudeck errichtete die Familie eine Solaranlage und baute Höhlen zum Wohnen, als Kapelle und zur Bewirtschaftung des Landes. Die Gruppe spendete Geld für die Pflanzung von Bäumen – Hunderte von Bäumen waren vor einiger Zeit von benachbarten Siedlern in einer nächtlichen Aktion zerstört worden.

Yad Vashem, Jerusalem: Im Tal der Gemeinden.

Bei einem Besuch der Universität Birzeit traf die Gruppe Prof. Dr. Helga Baumgarten, die Politikwissenschaften lehrt und auch Kuratorin der Gütersloher Stiftung BEGEGNUNG. Stiftung Deutsch-Palästinensisches Jugendwerk, ist. Im Gespräch mit den Schülern zeigte sie sich in Bezug auf eine Zwei-Staaten-Lösung eher pessimistisch angesichts der fortgeschrittenen Zersiedlung der palästinensischen Gebiete, in denen ein palästinensischer Staat gegründet werden könne. Besonders drastisch wurde die Besatzungssituation des Westjordanlandes der Gruppe bei einem Besuch der Stadt Hebron vor Augen geführt, die auch einige der palästinensischen Schülerinnen und Schüler noch nie besucht hatten.

Für die letzten drei Tage der Studienfahrt wohnte die Gruppe in Jerusalem und erkundete die Altstadt. Beim Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in West-Jerusalem suchten die Schüler im „Tal der Gemeinden" die Felswand auf, in die der Name der im Nationalsozialismus ausgelöschten jüdischen Gemeinde Gütersloh graviert ist.

„Es war eine tolle Erfahrung für mich, zu sehen, dass es junge Menschen in Deutschland gibt, die wissen, dass es uns und unser kleines Land ‚Palästina' gibt, die daran interessiert sind, wie es den Menschen hier geht, die uns besuchen und mehr über uns und unser Land erfahren wollen. Wir lernten eine Menge über unsere unterschiedlichen Gesellschaften, Religionen und Traditionen – trotzdem sind wir uns ähnlich in unseren Interessen und in unseren Träumen, wir können einander verstehen und trotz der Unterschiede miteinander leben", so schreibt eine palästinensische Schülerin.

Der Austausch der beiden Schulen wurde gefördert vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) mit Mitteln des Auswärtigen Amtes, von der Stiftung BEGEGNUNG. Stiftung Deutsch-Palästinensisches Jugendwerk und vom Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk.

Hebron – Ein persönlicher Erfahrungsbericht

Von **Susanne Hefekäuser,** im Herbst 2013 EAPPI-Freiwillige in Hebron

„Du wirst bald aufhören, nach dem Warum zu fragen", sagte meine Vorgängerin zu mir, als ich im August 2013 in Hebron im besetzten Westjordanland ankam. Ich war hier, um für drei Monate als Menschenrechtsbeobachterin im Ecumenical Accompaniment Program Palestine/Israel (EAPPI) des Weltkirchenrates Palästinenser und israelische Friedensaktivisten bei ihren gewaltfreien Aktionen für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden zu begleiten, besonders verwundbare Palästinenser zu schützen und von Menschenrechtsverletzungen zu berichten. Schon nach ein paar Tagen in Hebron wurde mir klar, was meine Vorgängerin versucht hatte, mir mit auf den Weg zu geben.

„Warum?" Das ist eine verlorene Frage in einer Stadt wie Hebron, die nach ihren ganz eigenen Regeln funktioniert. Die Stadt wird beherrscht von etwa 500 israelischen Siedlern, die im Stadtzentrum mitten unter Palästinensern leben. Sie sind hier, weil sie glauben, dass Gott ihnen das Land geschenkt hat. Sie wollen ihrem Urvater Abraham nahe sein, der in Hebron begraben sein soll. Dabei sind sie alles andere als gute Nachbarn für die in Hebron lebenden Palästinenser: Regelmäßig zünden die Siedler palästinensische Häuser, Autos oder Olivenbäume an, bewerfen Familien mit Steinen oder Exkrementen, vergiften ihre Tiere. Nach Angaben des United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) gab es im Jahr 2013 im Westjordanland 399 solcher Übergriffe von israelischen Siedlern auf Palästinenser – gegenüber 99 Fällen andersherum. Selten werden Siedler für ihre Taten rechtlich belangt. Denn die etwa 800 bis 1.000 ständig in Hebron stationierten israelischen Soldaten haben nach Angaben der israelischen Veteranen-Organisation „Breaking the Silence" den Befehl, die Siedler nicht anzurühren. Die palästinensische Bevölkerung dagegen kontrollieren sie bis in den letzten Bereich ihres Lebens: Sie halten sie auf dem Weg zur Schule oder zum Einkaufen an einem der zahlreichen Checkpoints fest, dringen nachts in ihre Häuser ein, um Verhaftungen oder Hausdurchsuchungen vorzunehmen oder wandeln ihre Hausdächer in militärische Wachposten um.

Diese Situation der Ungerechtigkeit lässt in Hebron Geschichten entstehen, die man skurril nennen könnte, wäre die zugrundeliegende Realität nicht so brutal. Da ist zum Beispiel die Geschichte des palästinensischen Tankstellen-Besitzers, der vor dem Obersten Gerichtshof in Israel gegen die militärische Schließung seiner Tankstelle auf der Shuhada-Straße klagte – und gewann. Da aber weder er, noch andere Palästinenser diese Straße betreten, geschweige denn mit Autos befahren dürfen, blieb die Tankstelle dennoch geschlossen. Dann die Geschichte von dem Kamel einer palästinensischen Familie, das grasend einer Gruppe von Siedlern im Weg stand, die einen Zugangsweg zur Siedlung Kiryat Arba durch das Land jener palästinensischen Familie bauen wollten. Das ahnungslose Tier wurde so lange von Soldaten festgehalten, bis die Bauarbeiten für den Tag beendet waren. Und schließlich ist da die Geschichte des Kindergartens, dessen Betreiber eine Toilette an das Haus anbauten. Nur ein paar Tage nach dem Bau befahl das Militär den Palästinensern, die Toilette wieder abzureißen – die israelischen Siedler fühlten sich dadurch offenbar bedroht.

Ich habe viel gelernt in meiner Zeit in Hebron. Ich habe gelernt, zwischen den Geräuschen von Plastikgeschossen und Metallpatronen zu unterscheiden, wenn sie vom israelischen Militär während einer der zahlreichen palästinensischen Proteste abgefeuert wurden. Ich habe gelernt, dass palästinensische Mütter in Freudentränen ausbrechen können, wenn sie erfahren, dass ihr Sohn wegen Steinewerfens zu einem Jahr Haft verurteilt worden ist – denn das bedeutet, dass er wiederkommt und nicht auf unbestimmte Zeit in Administrativhaft sitzt. Ich habe gelernt, dass manche Palästinenser die ständigen Durchsuchungen an den Checkpoints nur ertragen, indem sie sich vorstellen, die einzige gesunde Person in einem Irrenhaus zu sein. Eines aber habe ich nicht gelernt: Aufzuhören, nach dem Warum zu fragen.

Geschlossene Tankstelle in der Shuada-Straße

Denn die Antwort auf diese Frage ist so simpel wie erschreckend. Die Palästinenser, die

in der Stadt wohnen, stören die Utopie einer rein jüdischen Stadt. Deswegen versuchen die Siedler, den in der Stadt verbleibenden Palästinensern das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das Ziel, das man in vielen Interviews mit Vertretern der Siedlerbewegung Hebrons - wie Baruch Marzel oder David Wilder - nachlesen kann, ist nichts anderes als die Vertreibung der „Araber", wie

Die Schäfer von Makhoul sorgen für ihre Tiere.

sie in den Siedlungen genannt werden. Dass die israelische Regierung die Siedler dabei unterstützt, wird nicht nur dadurch deutlich, dass sie Soldaten schickt, um die Siedler zu schützen, ohne aber Verstöße von dieser Seite strafrechtlich zu ahnden. Erst Anfang Januar verkündete der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu der Likud-Fraktion im Parlament, dass er Siedler in Orten wie Hebron, die „wichtig sind für das jüdische Volk", auch im Rahmen von Friedensverhandlungen niemals evakuieren lassen würde, wie die israelische Tageszeitung Haaretz berichtete.

Dabei ist Hebron nur die Spitze des Eisberges. In großen Teilen der Westbank, genauer im C-Gebiet (Area C), das sich auch nach den Verträgen von Oslo noch unter voller israelischer Kontrolle befindet und 60 Prozent der gesamten Westbank ausmacht, wird die palästinensische Bevölkerung noch effektiver vertrieben. Im Jahr 2013 wurden laut UNOCHA im Westjordanland und in Ost-Jerusalem insgesamt 663 palästinensische Baustrukturen durch das Militär dem Erdboden gleichgemacht. Darunter waren Häuser, Ställe, Schulen, Systeme zur Wasserversorgung. Ganze Dörfer wurden so von einem auf den anderen Tag ausgelöscht - wie etwa das Schäferdorf Makhoul im Jordantal, in dem die Bulldozer am 16. September 2013 um fünf Uhr morgens anrückten und innerhalb von wenigen Stunden 48 Menschen, darunter 17 Kinder, obdachlos zurückließen.

Über Wochen verweigerten israelische Soldaten den internationalen Hilfsorganisationen, die Zelte als provisorische Unterkünfte liefern wollten, den Zutritt. Als ich das Dorf im späten Oktober besuchte, tollten in den zwei Zelten, die mittlerweile wieder im Dorf standen, Lämmer und Ziegenbabys. Ein Bett stand in einem Berg aus Schutt, Hühner liefen darum herum. Als ich den Schäfer fragte, warum er denn im anbrechenden Winter immer noch unter freiem Himmel schliefe, sagte er nur: „Ich kann die Kälte ertragen, die Tierbabys nicht." Die Verantwortlichen rechtfertigen die Abrisse durch fehlende Baugenehmigungen. Was sie dabei nicht sagen: Im C-Gebiet ist es für Palästinenser fast unmöglich, Baugenehmigungen zu erhalten. Nach Angaben des Israeli Comittee against House Demolitions (ICAHD) werden mehr als 94 Prozent der Anträge von der israelischen Ziviladministration abgelehnt. Was die Verantwortlichen auch nicht erwähnen: Die meisten der von Abriss bedrohten oder abgerissenen Dörfer befinden sich in Gebieten, die bereits für die Ausweitung von israelischen Siedlungen eingeplant sind.

Es ist diese Antwort auf die Frage „Warum?", diese Systematik der Vertreibung durch das Zusammenspiel von physischer Gewalt, Einschüchterung und diskriminierender Bürokratie, die mich während meines Einsatzes in Hebron besonders getroffen hat. Und es ist die Erkenntnis, dass diesem System eine politische Rationalität zugrunde liegt: Die Siedler stellen mit einer Population von mittlerweile 500.000 Menschen eine wichtige Wählergruppe dar. Dadurch haben sie jede Regierung - ob rechts, links oder liberal - in der Hand.

Die Menschenrechts-Probleme der Militärbesatzung des Westjordanlandes hören bei den

Abriss in Makhoul.

Siedlungen nicht auf - aber sie beginnen hier. Denn die Siedlungen sind der Grund dafür, dass die Möglichkeit eines palästinensischen Staates, und damit die Hoffnung auf eine Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, in immer weitere Ferne rücken. Der Anspruch, den die Siedler auf ein Land erheben, das ihnen völkerrechtlich nicht gehört, ist verantwortlich für unermessliches Leid in der palästinensischen Bevölkerung. Wir dürfen deswegen nicht damit aufhören, die Welt darauf hinzuweisen, warum dieser Zustand der endlosen Militärbesatzung in den palästinensischen Gebieten falsch ist. Und wir können nur hoffen, dass es in Zukunft mehr mutige Politiker gibt wie den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz, die diese Tatsache auch vor ihren israelischen Kollegen offen aussprechen.

Susanne Hefekäuser ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Sie war von August bis November 2013 als Ecumenical Accompanier in Hebron im Einsatz. Während eines Besuchs im EAPPI-Placement Yanoun im Norden der Westbank lernte sie auch die Lebenssituation der Palästinenser in Area C und im Jordantal kennen. Ihre Berichte aus dem Westjordanland finden Sie auf dem Blog **www.eyewitnesspalestine.wordpress.com.**

HIER KÖNNEN SIE HELFEN

Hilfe für Schülerinnen und Schüler

Wir wissen alle: Lernen braucht Übung, und Übung macht den Meister, bzw. die Meisterin – aber Schule darf nicht nur Routine sein.

Daher ist es wichtig, dass es neben dem Schulalltag immer wieder auch besondere Aktivitäten gibt: Projekte und Begegnungen, Ausflüge, Kulturveranstaltungen und Sportangebote. Lesewettbewerbe und „Mathe-Olympiaden“ sind weitere Beispiele für Aktionen, die die Arbeit der Schulen beleben. Auch berufs- und studienorientierende Veranstaltungen werden zunehmend wichtig: Es gibt die Überlegung, eine „Bildungsmesse“ für die Region Bethlehem zu veranstalten.

Die evangelischen Schulen in Palästina erleiden die Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage in ihrem Land unmittelbar. Der Regelbetrieb lässt sich – auch dank unseres Schulpatenschaftsprogramms – weitestgehend aufrechterhalten. Dass viele Familien zunehmend kaum noch in der Lage sind, Schulgeld zu bezahlen, kann auch dank mancher sozialer Hilfen aufgefangen werden. Aber für Veranstaltungen „außer der Reihe“ fehlen dann oft die Mittel. **Dazu bitten wir um Ihre Unterstützung!**

Wie bereichernd und prägend etwa die Begegnungen zwischen palästinensischen und deutschen Schülern sind, zeigt beispielsweise der Bericht über den Schüleraustausch zwischen Gütersloh und Ramallah auf Seite 40. Die evangelischen Schulen wünschen sich, dass ihre Schülerinnen und Schülern an Model-United-Nations-Konferenzen teilnehmen können: Dies sind international veranstaltete Planspiele, bei denen die Jugendlichen in die Rolle von Vertretern anderer Staaten schlüpfen und damit spielerisch lernen, fremde Perspektiven wahrzunehmen und andere Kulturen zu verstehen. Und wäre es nicht toll, wenn palästinensische Jugendliche 2015 den Kirchentag in Stuttgart mitgestalten und miterleben könnten?!

Versetzen Sie die evangelischen Schulen in Palästina in die Lage, kreativ und attraktiv den Schulalltag zu ergänzen. **Helfen Sie bitte, die Schulen zu unterstützen,** wo die eigenen Mittel nicht mehr ausreichen. **Die Schüler und Schülerinnen danken Ihnen –** nicht nur mit einem – großen Lächeln!

Spendenkonto
EDG Kiel,
BLZ 210 602 37
Konto 777 820
IBAN
DE35 2106 0237 0000 7778 20
BIC GENODEF1EDG

Projekt 4211
„SOS für Schulen“

Ein Überweisungsformular finden Sie in der Mitte des Hefts

BERLINER MISSIONSWERK

www.berliner-missionswerk.de

Jerusalemsverein
im Berliner Missionswerk

www.jerusalemsverein.de